

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Bezugsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Zur Vorgeschichte der deutschen Gewerkschaften.

I.
b. In den Lehrbüchern der politischen Oekonomie, in der Zeitungs- und Broschürenliteratur findet man auf den Tag genau angegeben, wann die deutsche Gewerkschaftsbewegung in ihren verschiedenen Formen als Arbeitervereine, internationale Gewerkschaften, Gewerkschaften, internationale Gewerkschaften, Girsch-Dundersche Gewerksvereine entstanden ist. Man muß dann meinen, daß das Jahr 1868 das Geburtsjahr dieser großen Bewegung ist, die für die deutsche Volkswirtschaft, für die Industrie und für die industrielle Arbeiterklasse heute zu einem überaus wichtigen Faktor geworden ist, der von den Unternehmern fälschlich als ein Hemmschuh unserer gewerblichen Entwicklung angesehen, von den Regierungen mißgünstig beobachtet, von Polizei und Gerichten verfolgt wird und der doch einer der bedeutendsten Faktoren für die Entwicklung des deutschen Volkes ist. Freilich nicht für diejenigen, welche das Um und Auf nationaler Politik in der äußeren und äußerlichen Weltmachtstellung Deutschlands und die nationale Wirtschaftspolitik in der unbegrenzten Verdrängung des Unternehmertums sehen. Wer als nationale Politik die Bestrebungen ansieht, welche zur geistigen, körperlichen, materiellen und moralischen Hebung möglichst vieler Glieder unseres Volkes führt, der muß gerade in den Gewerkschaften die bedeutungsvollsten Faktoren der nationalen Politik finden.

Es mag manchem Unternehmer im ersten Augenblick absurd erscheinen, aber es entspricht trotzdem den Tatsachen, wenn wir die Gewerkschaften als einen bedeutungsvollen Faktor für die industrielle Machtstellung des deutschen Reiches bezeichnen. Gerade die Gewerkschaften mit ihrem Streben nach Erhöhung der Löhne, nach Kürzung der Arbeitszeit, nach Aufheben der patriarchalischen Behandlung der Arbeiter haben die Unternehmung angepornt, die Fortschritte der Technik in immer steigendem Maße sich zu eigen zu machen. Das Streben aller Technik ist heute, menschliche Arbeitskraft durch mechanische zu ersetzen, das Streben des Unternehmers ist, an Stelle des Arbeiters von Fleisch und Blut die Werkzeugmaschine zu setzen. Je billiger und williger die Arbeiter sind, desto geringer ist der Trieb, die Fortschritte der Technik, die Vorteile besserer Organisation der Fabrik auszunützen. Daher die vielen unverständlichen Tatsache, daß die Länder mit den höchsten Löhnen und kürzesten Arbeitszeiten in der Weltwirtschaft die entscheidende Rolle spielen, während die weiten Gebiete mit niedrigen Löhnen und überlangen Arbeitszeiten in zurückgebliebenen gewerblichen Betriebsystemen verharren und hinsichtlich der industriellen Produktion eine passive Handelsbilanz aufweisen.

So erscheint die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften nicht bloß ein Gegenstand von Interesse für den Sozialpolitiker im engeren Sinne, sie ist im Gegenteil eine Frage von der größten sozial-wissenschaftlichen Bedeutung, eine Grundfrage für die moderne Volkswirtschaft. Das sind aber Fragen der Gegenwart und der Zukunft, während ich mir die beschiedene Aufgabe gestellt habe, die wirtschaftsgeschichtliche Seite der Frage zu beleuchten, wenn ich damit auch nur skizzenhaftes leisten kann, weil die Geschichte der Arbeiterorganisation erst zu schreiben ist.

An die Spitze dieser Erörterungen habe ich das Jahr 1868 gesetzt, weil in diesem Jahre J. B. Schweizer und Frisch, Wibel und Liebknecht, May Girsch und Franz Dunder die Schaffung gewerkschaftlicher Verbände auf ihr organisatorisches Programm gestellt haben. Wenn sich in jenem Jahre die bis dahin in der Öffentlichkeit nur politische Arbeiterbewegung gewerkschaftlichen Aufgaben zugewandt hat, so hängt dies mit der Schaffung des Koalitionsrechtes beziehungsweise mit der Aufhebung der Koalitionsverbote durch die sogenannte Notgewerbeordnung für den Norddeutschen Bund zusammen.

Die gewerkschaftliche Bewegung ging in der ersten Zeit einen raschen Gang. Ueberall in Deutschland, in fast allen Landesteilen und in den meisten Bezirken hat die Aufforderung, gewerkschaftliche Organisationen zu gründen, Anklang gefunden, überall bildeten sich Zentralverbände mit zahlreichen Ortsvereinen, Verwaltungsstellen und dergleichen, es kam zu Lohnbewegungen und Lohnkämpfen, zahllose gewerkschaftliche Versammlungen wurden abgehalten, es erschienen Fachblätter, es war ein ganzer Stab von Offizieren und Unteroffizieren für diese eigenartige Bewegung, die angeblich plötzlich entstanden war, wie aus dem Boden gestampft.

Wer die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht wie Athenen aus dem Haupte des Zeus kampfergötter entstehen sehen

kann, wer alle wirtschaftlichen Tatsachen, Gestaltungen, Mächte als Folgen einer Entwicklung zu betrachten gewohnt ist, wie dies gerade der wissenschaftliche Sozialismus eines Marx und Engels lehrt, der muß sich sagen, daß es ganz unmöglich sei, daß lediglich der Welterruf eines Schweizer, Frisch, Wibel und anderer veranlassen konnte, daß diese Bewegung so plötzlich weite Kreise zog. Es erschien mir deswegen immer ein mehr als müßiger Streit, daß die Girsch-Dunderschen Gewerksvereine um die Priorität der Gewerksvereine vor den Schweizerischen Gewerkschaften und vor den Liebknechtschen internationalen Gewerkschaften stritten. Wie unberechtigt dies ist, dürfte ja meine Darstellung, die mit dem Jahre 1868 enden soll, beweisen. Wenn wir die Vorgeschichte der deutschen Gewerkschaften beleuchten wollen, so müssen wir bei dem Jahre 1868 Halt machen, weil da die Vorgeschichte von der Geschichte abgelöst wird.

Wo die Vorgeschichte der deutschen Gewerkschaften beginnt, das mit Sicherheit festzustellen, wird wohl dem fleißigsten und genialsten geschichtlichen Forscher stets ein Geheimnis bleiben, weil wir niemals wissen, welches die ersten Urkunden sein können, und weil wir über die Anfänge der Zünfte, die mit den Anfängen der Gewerkschaften auf das engste verknüpft sind, noch in völliger Unklarheit sind. Die früher für durchaus falsch angesehene Theorie, daß die Zünfte Weiterbildungen von Organisationen aus der römischen Kaiserzeit sind, und daß sie über das frühmittelalterliche Italien und vielleicht aus dem oströmischen Kulturkreis, wahrscheinlich über Gallien (Frankreich) zu uns gekommen sind, wird nun von den neueren Forschern der spät- und nachrömischen Geschichte wieder in das Gebiet der Wahrscheinlichkeit gerückt.

Der Gedanke der genossenschaftlichen Zusammenfassung charakterisiert, wie Gierke breit und gründlich ausgeführt hat, das ganze deutsche Mittelalter. Es ist dies sicherlich nicht nur charakteristisch für Deutschland, denn wir finden in England, Frankreich und auch in anderen Ländern ähnliche Erscheinungen, doch es soll hier nur, und zwar im raschen Ueberblick, der durch wenige Beispiele illustriert werden soll, von Deutschland gesprochen werden.

Mit der Entwicklung aus der Markgenossenschaft zum städtischen Gemeinwesen sehen wir das Handwerk entstehen an Stelle der bis dahin herrschenden Formen des Hausfleißes und der Arbeit auf der Stör, wobei der Hausfleiß freilich eigenartige Miesenformen annahm, die an die große Hauswirtschaft aus den letzten Jahrzehnten der römischen Republik gemahnen, wo es der Stolz eines Cato war, daß alles, was die Familie, im weiten römisch-rechtlichen Sinne gebraucht benötigte, auch im Hause hergestellt wurde. So erschienen die sich selbstversorgenden großen Klöster, Fronhöfe und kaiserlichen Pfalzen als eigenartige Betriebe des Hausfleißes. Die letzten Wellenbewegungen der durch Jahrhunderte währenden Völkerwanderung von der Gegend der chinesischen Mauer bis an die französischen Grenzen zwang zur Bildung der Städte und zur Notwendigkeit, das Prinzip der Selbstversorgung zuerst aus militärischen Gründen, dann wirtschaftlichem Interesse der Gewerbebetreibenden aufrechtzuerhalten. Die Bildung und Bestellung der Städte, die ein Reichsinteresse war, konnte nur durch Privilegien gesichert werden, von denen das wirtschaftlich bedeutungsvollste sich vielleicht in das kurze Rechtsprüchwort zusammenfassen läßt: „Stadtkluft macht frei“. Handwerker aller Art mußten in der Stadt festen Wohnsitz nehmen, und die Bürger der Stadt mußten, aus wirtschaftlichen Gründen veranlaßt, später durch Rechtsfahrungen mehr oder minder gezwungen werden, ihren ganzen Bedarf in der Regel von den Handwerkern der Stadt zu beziehen. Hieraus ergab sich dann die Notwendigkeit, eine Uebersetzung des Handwerkes zu verhindern, um die Existenzgarantien für die in der Stadt festhaften Handwerker zu schaffen. Die Handwerker schlossen sich eng zusammen, sie bildeten Vereinigungen, die halb öffentlich-rechtlichen Charakter erhielten, die als Zünfte, Gilden, Einungen, Innungen bis in unsere Gegenwart hinübertagen.

„Freie“, „moderne“ oder sozialistische Gewerkschaften.

n. Die beruflichen Organisationen, die vor nunmehr vierzig Jahren auf das Eingreifen des damaligen Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Herrn von Schweizer, entstanden, nannten sich „Arbeitervereine“. Die Mehrheit des von von Schweizer einberufenen Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses (26. September 1868), der den Grund zur deutschen Ge-

werkschaftsbewegung legte, entschied sich für den Namen „Arbeitervereine“, weil sie befürchtete, daß die Bezeichnung „Gewerkschaft“ bei vielen Arbeitern Erinnerungen an zünftlerische Bestrebungen erwecken könnte. Die auf dem genannten Kongreß gegründeten Organisationen traten dann zu einem „Arbeitervereinsverband“ zusammen. Die um dieselbe Zeit in Nürnberg abgehaltene Generalversammlung deutscher Arbeitervereine, die hier den Übergang vom bürgerlichen ins sozialistische Lager vollzogen, ging ebenfalls mit dem Beschluß vor, berufliche Arbeiterorganisationen zu gründen, die „Gewerkschaftsvereine“ genannt wurden. Doch bürgerte sich bald auf beiden Seiten der Name Gewerkschaft ein, er wurde nach der Einigung der beiden sozialistischen Strömungen (Gotha 1875) allgemein. Da die Girsch-Dunderschen ihre Organisationen als „Gewerksvereine“ bezeichneten, so waren damit die von da ab bestehenden Organisationseinrichtungen bezüglich des Namens genügend gekennzeichnet. Nun kam in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eine dritte Richtung hinzu: die Christlichen. Sie nannten ihre Organisationen anfangs „Gewerksvereine“. Die erste christliche Organisation war der Gewerbeverein christlicher Bergleute, der diesen Namen bis heute beibehalten hat; die nach dem ersten Kongreß der Christlichen (Mainz 1899) in M.-Gladbach erschienene Programmschrift betitelte sich „Christliche Gewerksvereine“. Später jedoch kam die Bezeichnung „Christliche Gewerkschaften“ auf; wie so manches andere nahmen die Christlichen von uns auch den Namen an. Damit ergab sich für uns die Notwendigkeit, einen unterscheidenden Beinamen zu wählen; am Rhein, wo man es vorzugsweise mit den Christlichen zu tun hatte, entstand der Name „freie Gewerkschaften“, der sich dann mit der Zeit allgemein eingebürgert hat. Die Bezeichnung hatte, abgesehen von ihrer Bedeutung als Unterscheidungsname, auch agitatorische Absichten. Die christlichen Gewerkschaften wurden von uns mit Recht als Zentrumsgründungen angesehen, als Unternehmungen, die ins Leben gerufen waren, um die katholischen Arbeiter beim Zentrum zu halten und zu verhüten, daß sie den Weg über die Gewerkschaften zu den Sozialdemokraten fanden. Damals ist mit mehr Eifer, als der Sache zuliege, und mit mehr Gründen, als sich rechtfertigen ließen, von unserer Seite Wert darauf gelegt worden, gegenüber den ultramontanen Gewerkschaften die Unabhängigkeit unserer Organisationen darzutun. Die Christlichen nannten uns „sozialdemokratische Gewerkschaften“, die unter der Vormundschaft der Partei standen, über der parteipolitischen Agitation die gewerkschaftlichen Aufgaben vergäßen und was dergleichen Agitationsmäßen mehr sind, die nur zu deutlich den Zweck verfolgten, die katholischen Arbeiter, die in der Sozialdemokratie noch den Gottseibeiums sahen, von dem Anschluß an die Gewerkschaften abzuhalten. Im Westen Deutschlands, wo die christlichen Gewerkschaften entstanden und sich auch in der Folge am meisten bemerkbar machten, ist man auf unserer Seite darauf bedacht gewesen, der ultramontanen Agitation gegen unsere Gewerkschaften dadurch entgegenzutreten, daß man deren „Neutralität“, die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der Sozialdemokratie unausgesetzt betonte und auch im Namen zum Ausdruck zu bringen versuchte, indem man unsere Organisationen als „freie Gewerkschaften“ bezeichnete. Gegen diese Bezeichnung läßt sich mancherlei einwenden. Zunächst ist das Wörtchen „frei“ an sich so leer und bedeutungslos, wie nur möglich, es sagt überhaupt nichts. Was aber noch schlimmer: Dasjenige, was es in diesem Falle sagen soll, trifft nicht zu. Unsere Gewerkschaften sind von der Sozialdemokratie ebensowenig frei wie die christlichen des vom Zentrum sind — und es wäre traurig, wenn es auf unserer Seite anders wäre. Die Tatsachen liegen so klar auf der Hand, die beweisen, daß die Gewerkschaft zu der Sozialdemokratie in sehr engen Beziehungen stehen, so daß es den Christlichen gar nicht schwer geworden ist, natürlich mit der üblichen Uebertreibung, auf Grund dieser Tatsachen nachzuweisen, daß die von uns namentlich im Westen betonte Unabhängigkeit der Gewerkschaft von der Partei nicht besteht. Wenn unsere Gewerkschaftsführer erklären, daß Partei und Gewerkschaft eins seien, wenn Generalkommission und Parteivorstand gemeinsame Maßnahmen herabschlagen und beschließen, wenn die Gewerkschaften zu den Wahlfonds der Partei steuern, wenn sie bei Wahlen für die Kandidaten der Sozialdemokratie eintreten, wenn sie die politischen Aktionen der Partei unterstützen, so wird das jeder denkende Arbeiter für ganz in der Ordnung, für höchst nützlich, ja für notwendig zum Gebieten beider Teile halten. Aber dann haben wir auch kein Recht mehr,

von „freien“ Gewerkschaften zu reden und dieser Bezeichnung eine Deutung zu geben, als ob die Gewerkschaft in gar keiner Beziehung zur Sozialdemokratie stünde, als ob sie nicht im Gegenteil Wert darauf legte, das Verhältnis zur Partei möglichst enge zu gestalten, natürlich nicht im Sinne der Unterordnung, sondern im Sinne engsten Zusammenwirkens zweier gleichberechtigten, demselben Ziele zustrebenden Kampfgenossen. Einem solchen Verhältnis wird aber die Bezeichnung „freie“ Gewerkschaften nicht gerecht, und deshalb ist sie falsch.

Von einzelnen, die ebenfalls an der Bezeichnung „freie Gewerkschaften“ Anstoß nehmen, wird statt dessen der Name „moderne Gewerkschaften“ gewählt. Nun ist aber das Wörtchen „modern“ genau so nichtsagend wie das Wörtchen „frei“. Drückt „modern“ nur einen zeitlichen Begriff aus, bezeichnet es einfach eine Erscheinung der Gegenwart, dann sind auch die Christlichen und die Gelben „modern“; hat es aber programmatischen Inhalt, dann kann das Wörtchen, von uns auf die Arbeiterbewegung angewendet, doch nur gleichbedeutend mit sozialistisch sein. Aber warum denn nicht gleich Farbe benennen und diejenige Bezeichnung wählen, die erstens der Sache entspricht und sodann einen für jedermann erkennbaren Sinn hat: nämlich sozialistische Gewerkschaften? Die Gewerkschaften verlangen von ihren Mitgliedern nicht ein bestimmtes Glaubens- und Parteibekennnis, sie werden auch niemanden, der im Sinne der Statuten und im Interesse der Arbeiterklasse zu wirken gewillt ist, aus ihren Reihen weisen, weil er einer anderen als der sozialdemokratischen Partei angehört. In dieser Beziehung sind unsere Gewerkschaften der politischen Partei gegenüber selbständige Organisationen, und es wäre nicht richtig, sie als sozialdemokratisch zu bezeichnen, da das voraussetzen würde, daß sich jedes Mitglied auch bei seinem Eintritt auf das sozialdemokratische Programm verpflichtete und die Gewerkschaft böllig in der Partei aufging. Partei und Gewerkschaft haben ihre eigenen Arbeitsgebiete, ihre eigenen Aufgaben, zu deren Erfüllung jede ihre Selbstbestimmungsrecht und ihre Selbstverwaltung haben muß. Aber daneben gibt es gemeinsame Aufgaben, die ein Hand in Hand arbeiten erfordern, und darüber hinaus gibt es ein gemeinsames Endziel: die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse und ihre Befreiung aus der Knechtschaft des Kapitals — das sozialistische Endziel, das zur Bedingung hat, daß die Arbeiter in der Gewerkschaft ebenso wie in der Partei zur sozialistischen Anschauung erzogen werden. Deshalb hat der Internationale Kongreß in Stuttgart beschlossen, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften zu unterhalten sind, daß Partei und Gewerkschaften sich in ihren Aktionen zu fördern und zu unterstützen haben und daß die Gewerkschaften nur dann ihre Aufgaben im Dienste der Arbeiterbefreiung erfüllen können, wenn sie sich in ihren Aktionen vom sozialistischen Geiste leiten lassen.

Bedürfen wir also eines unterscheidenden Merkmals im Namen unserer Organisationen und wollen wir nichtsagende, vieldeutige und irrtümliche Bezeichnungen vermeiden, dann sagen wir nicht mehr „freie“, auch nicht „moderne“, sondern sozialistische Gewerkschaften. Damit bezeichnen wir aufs beste den Geist, der uns als Angehörige der Massenbewegten Arbeiterbewegung beherrscht, damit bekunden wir unsere durch die Grundanschauung und das Endziel gegebene Gemeinschaft von Partei und Gewerkschaft, damit nehmen wir auch den Christlichen die Genugtuung, ihre Spalten mit Material gegen die Neutralität unserer Gewerkschaften zu füllen, da wir gegen eine solche „Neutralität“ schon öfters unseren Namen protestieren.

Aus der sächsischen Holzindustrie.

Der Aufsicht der sächsischen Gewerbeinspektion unterstanden im Jahre 1907 2600 Fabriken und Motortierstätten in der Industrie des Holz- und Schnitzstoffes. Im Jahre 1908 waren es 2416 gewesen. Die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter ist von 86 925 auf 87 863 gestiegen. Dazu gehören noch 48 (im Vorjahre 46) Betriebe der Bürsten- und Pinselindustrie mit 2446 (2180) Arbeitern.

Verhältnismäßig sehr zahlreich sind die Unfälle in der Holzindustrie; von 1147 Unfalluntersuchungen, an welchen die Gewerbeinspektoren teilnahmen, entfallen allein 197 auf diese Industriegruppe. Die Zahl der tatsächlich vorgekommenen Unfälle ist natürlich ganz bedeutend höher. Eine erhebliche Abnahme der Zahl der Unfälle in der Holzindustrie wird aus dem Aufsichtsbezirk Döbeln berichtet; der Beamte führt das darauf zurück, daß die im allgemeinen gut durchgeleiteten Schutzvorrichtungen von den Arbeitern mehr beachtet und benutzt werden. Aus dem Aufsichtsbezirk Zittau wird dagegen gemeldet, daß die Schutzvorrichtungen an den Abriechmaschinen oft sehr mangelhaft ausgeführt sind. Weil sich mit ihnen nicht gut arbeiten läßt, werden sie halb beiseite gelegt. Dieser Beamte hat mehrfach die Anwendung der runden Messermelle empfohlen. Das gleiche berichtet auch der Beamte in Wurzen. Der Beamte für den Aufsichtsbezirk Plauen, der ebenfalls konstatiert, daß sich die zylindrische Messermelle durchaus bewährt habe, hat sich nicht nur darauf beschränkt, in bestehenden Anlagen auf den Ersatz der vierkantigen Wellen durch zylindrische hinzuwirken, sondern die Einführung der Letzteren in neuen Anlagen direkt gefordert. Es wäre zu wünschen, daß die Gewerbeinspektoren allgemein dazu übergingen, den Gebrauch von Abriechmaschinen mit vierkantigen Wellen zu verbieten. Bei

einer Schutzvorrichtung, deren Wert so allseitig anerkannt wird, dürfen die Anschaffungskosten nicht, in Betracht kommen. Das sollte um so weniger der Fall sein, als die Kosten der runden Welle, wie der Zittauer Beamte hervorhebt, durch Ersparnisse an Hobelmessern sehr bald wieder ausgeglichen werden. Ueber die unfallverhütende Wirkung der Sicherheitswelle äußert sich auch der Chemnitzer Beamte. An Abriechmaschinen mit vierkantiger Welle sind in dem Bezirk 40 Unfälle vorgekommen, die zum Verlust von Fingergliedern und ganzen Fingern führten, dagegen hatten zwei Unfälle an Abriechmaschinen mit runder Welle nur leichte Fleischwunden zur Folge.

Eine recht leichtfertige Arbeitsmethode an der Kreisäge fand der Freiburger Beamte in vielen Werkstätten der Holzindustrie, wo das „Abschwarten“ und „Ausringeln“ der Hölzer auf einer gewöhnlichen Tischkreissäge mit großem Sägeblatt vorgekommen wurde. Um den ersten Schnitt zu machen, muß dabei das Mundholz, das noch keine sichere Auflage bietet, auf dem Tisch vorgeschoben werden. Nur der durch lange Gewohnheit erworbenen Geschicklichkeit der Arbeiter, meint der Beamte, ist es zuzuschreiben, daß hierbei nicht mehr Unfälle eintreten als es tatsächlich der Fall ist. Vom Inspektionsbeamten ist darauf hingewirkt worden, daß bei dieser Arbeit Kreissägen mit einem verschiebbaren Tisch und einer auf diesem befindlichen Kralle zum Andrücken des Hirnenendes des Holzes verwendet werden. Ueber einen tödlichen Unglücksfall an der Kreisäge wird aus dem Aufsichtsbezirk Annaberg berichtet. In einer Spielwarenfabrik wurde der Kreissägenschneider durch ein von der Säge fortgeschleudertes Holzstück an Hals und Brust dermaßen verletzt, daß er den Folgen des Unfalles erlag. Der Unfall wurde darauf zurückgeführt, daß der Arbeiter die Schutzhülse von der Säge entfernt hatte. Ein anderer tödlicher Unfall in demselben Aufsichtsbezirk betraf eine Arbeiterin in einer Poliererei für Drechselwaren. Dem ausdrücklichen Verbot zuwider hatte sie eine Wachsanne mit Politur auf den geheizten Ofen zum Anwärmen gestellt. Die Politur entzündete sich unter Explosionserscheinungen, und die Arbeiterin trug tödliche Brandwunden davon.

Die Ausnutzung der Arbeitskraft der Kinder ist in manchen Gegenden, so z. B. im oberen Erzgebirge, vom alteren Her so eingebürgert, daß es den Beteiligten schwerfällt, sich an die Beachtung der Gesetze zu gewöhnen. Der Freiburger Beamte berichtet in dieser Beziehung, daß die Unternehmer kleinerer Betriebe ihre Kinder in den Arbeitsräumen dulden oder sie auch mit leichteren Arbeiten beschäftigen, nicht um des Verdienstes willen, sondern weil dadurch die Aufsicht erleichtert wird. Wenn der Gewerbeinspektor zugibt, daß diese Leute von der Rechtswidrigkeit ihres Verhaltens keinen rechten Begriff haben, so läßt sich das gleiche nicht von den Besitzern mehrerer Stuhlfabriken in einem Ort des oberen Erzgebirges sagen. Als dort im Polieraal schulpflichtige Kinder beim Weizen von Stühlen angetrocknet wurden, stellten sich die betreffenden Poliermeister als selbständige Unternehmer vor. Sie würden vom Fabrikanten nach Stück bezahlt und hätten selbst für die Bestellung von Hilfskräften zu sorgen. In Wirklichkeit dürfte es sich wohl um Akkordarbeiter gehandelt haben, denn der Aufsichtsbeamte stellte fest, daß die Arbeit in den Räumen des Fabrikanten und unter Verwendung von dessen Geräten und Werkzeugen ausgeführt wurde. Der Zweck der Uebung war lediglich eine Umgehung des Gesetzes, und vom Gewerbeinspektor wurde auf sofortige Stellung der Geschwichtigen gedrungen. Die Fabriksleiter eine besondere Anordnung für ihre Zukunftszeit zu treffen ist aus dem Bericht nicht ersichtlich.

Eine Tätigkeit, zu welcher immer noch viele Kinder herangezogen werden, ist die Stuhlflecherei. Die Aufsichtsbeamten für die Kreis Hauptmannschaft Dresden berichtet, daß in den revidierten Betrieben 715 eigene und 155 fremde Kinder angetroffen wurden. Von den eigenen Kindern entfallen auf die Stuhlflecherei 112, eine Zahl, die nur in der Industrie der künstlichen Blumen und Blätter übertroffen wird. Erfreulicherweise scheint die Zahl der beschäftigten Kinder in der Abnahme begriffen zu sein. Den Unternehmern ist das natürlich wenig angenehm, weil dadurch ihr Profit geschmälert wird. Die Beamtin berichtet hierüber, daß ihr einige Stuhlfabrikanten, die ihre dienstliche Eigenschaft nicht kannten, über den zunehmenden Mangel an kindlichen Arbeitskräften für die Zwecke der Stuhlflecherei klagten und ihn auf den Einfluß der Gesetzgebung zurückführten. Wenn es richtig ist, daß die Eltern häufig erklärt hätten, die Beschäftigung der Kinder sei mit Nachteil für deren Gesundheit verbunden und drücke außerdem die Löhne der Erwachsenen, dann wäre das als ein Zeichen wachsender Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge mit Freuden zu begrüßen. Zu wünschen wäre nur, daß die in Betracht kommenden Arbeiter allgemein zu der Ueberzeugung kommen, daß die wenigen Pfennige, welche ihre Kinder verdienen, in keinem rechten Verhältnis zu der geopfertten Gesundheit und Lebensfreude stehen und so am letzten Ende mehr Schäden als Nutzen stiften.

Ueber die Bestrafung von Unternehmern wegen verbotswidriger Beschäftigung von Kindern berichtet der Beamte für den Aufsichtsbezirk Plauen. Ein fremder schulpflichtiger Knabe wurde als Heimarbeiter mit dem Weizen vom Perlmutterplättchen mittels verdünnter Salzsäure beschäftigt. Es wurde Anzeige erstattet, der Unternehmer aber zunächst freigesprochen, weil er sich darauf berief, daß er nicht „Perlmutter“, sondern „Muschelarbeiter“ sei. Erst als in der Berufungsinstanz das Gut-

achten des Gewerbeinspektors gehört worden war, erfolgte Verurteilung zu einer Geldstrafe. Im Aufsichtsbezirk Rie wurde ein Unternehmer zu 6 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er ein schulpflichtiges Kind in der Borstenzurichterei beschäftigt hatte. Im Bezirk Weichen wurde die Beschäftigung eines Arbeiters unter 18 Jahren an einer Kreisäge und an einer Abriechmaschine untersagt. Wie leichtfertig man in den mehrerwähnten Stuhlfabriken des Aufsichtsbezirks Freiberg mit den gesunden Gliedern der jugendlichen Arbeiter umgeht, ist aus der Tatsache ersichtlich, daß ein kaum 15jähriger Arbeiter beim Trennen schmaler Holzriegel an der Kreisäge angetroffen wurde. Da er mit dieser, seinem jugendlichen Alter durchaus nicht angemessenen Arbeit augenscheinlich wenig vertraut war, wurde der Unternehmer veranlaßt, ihn auf minder gefährliche Weise zu beschäftigen.

Der angebliche Mangel an Lehrlingen in der Tischlerei, über welchen in neuerer Zeit wieder so viel Klage geführt wird, erhält eine interessante Beleuchtung durch eine kurze Bemerkung in dem Bericht des Weichenen Beamten. Es heißt da: „Die Möbel- und Holzwarenfabriken erhalten ihren Ersatz an gelernten Arbeitern fast vollständig aus den Handwerksbetrieben, die Lehrlinge in drei- bis dreieinhalbjähriger Lehrzeit unter Gewährung von Kost und Wohnung beschäftigen und nach Beendeter Lehrzeit in der Regel entlassen.“ Die ehrbaren Tischlermeister betrachten also die Lehrlingsausbildung als ihren speziellen Beruf. Ob die Lehrlinge auch etwas lernen, ist Nebensache, denn wenn sie ihre Lehrzeit absolviert haben, werden sie entlassen, um neuen Ausbeutungsobjekten Platz zu machen. Daß diese Methode, den Nachwuchs heranzubilden, besonders ideal sei, wird niemand behaupten wollen. Auch gegen die in einer Wagenfabrik desselben Bezirks geübte Methode, den Lehrlingen in den drei ersten Lehrjahren 3 bis 6 Mk. Wochenlohn zu geben, sie aber im vierten Jahre im Stücklohn, jedoch 25 Proz. unter dem bestehenden Tarif, arbeiten zu lassen, ließe sich manches einwenden.

Mißbrandinfektionen, von denen einige auch einen tödlichen Verlauf nahmen, werden aus dem Aufsichtsbezirk Zittau und Weichen gemeldet, sie ereigneten sich in einer Maßhaarzurichterei und in einer Gerberei. Wenn die Bürstenmachereien von Erkrankungen verschont blieben, so ist das als ein Glücksfall zu betrachten. Die Durchführung der Bundesratsvorschriften dürfte wohl noch manches zu wünschen übrig lassen. Im Aufsichtsbezirk Chemnitz wird konstatiert, daß in den Bürstenmachereien das Buch über den Verbrauch ausländischer Borsten und Haare zumeist mangelhaft geführt wurde. Das läßt darauf schließen, daß es auch mit der Desinfektion nicht immer sehr genau genommen wird. Der Verpflichtung, einen Wasch- und Ankleiberaum für die Arbeiter zu beschaffen, wollte sich der Inhaber einer älteren Bürstenfabrik im Bezirk Rie entziehen. Er schützte Raumangel vor und wollte einen solchen Raum nur den mit der Desinfektion der Borsten beschäftigten Arbeitern zur Verfügung stellen. Sein gegen die Verfügung eingelegter Rekurs an die höhere Verwaltungsbehörde hatte jedoch keinen Erfolg.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über die Wohnungsfürsorge, welcher die Gewerbeaufsichtsbeamten, einer Anordnung des Ministeriums entsprechend, in ihren diesjährigen Berichten eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet haben. Die Beschaffung von Wohngelegenheit für die Arbeiter wird ja gern als Ausfluß eines hervorragenden Wohlwollenssinns der Unternehmer gepriesen. In Wirklichkeit dienen die Wohneinrichtungen fast durchgehends dem an sich selbstigen Interesse des Arbeitnehmers, und nicht selten bilden sie eine recht rentable Kapitalanlage. „Allgemein“ heißt es in dem Bericht aus dem Aufsichtsbezirk Zwickau, „auch in den Kreisen der Arbeitgeber herrscht die Ansicht vor, daß die Beschaffung von Wohnungen durch die Arbeitgeber in der Regel weniger ein Ausfluß der Arbeiterfürsorge sei, als vielmehr durch die Notwendigkeit veranlaßt werde, von auswärtig herangezogene Arbeiter unterzubringen, und daß sie auch dem Bestreben entspreche, die Arbeiter an den Ort oder die Fabrik zu fesseln.“ Wie sehr die Fabrikwohnungen eine Fessel für die Arbeiter sind, geht deutlich aus den kurzen Rindigungsfristen hervor, die öfters nur zwei Wochen betragen, und nicht selten besagen, daß die Wohnung zugleich mit der Lösung des Arbeitsverhältnisses geräumt werden muß. Der Dresdener Beamte berichtet, daß Arbeiter, die um ihre Meinung gefragt wurden, sich dahin äußerten, daß es ihnen lieber wäre, wenn sie statt der billigen Wohnung höhere Löhne oder Wohnungsgeldzuschüsse erhielten. Derartige Wünsche haben aber kaum auf Erfüllung zu rechnen. Der Unternehmer möchte gern nach außen als Wohltäter der Arbeiter gelten, daneben aber aus seiner sogenannten Wohlthätigkeit womöglich noch Kapital schlagen.

Der Eintanz des modernen Rechtsstaates.

II.

—r. Betrachten wir die Praxis des heutigen Staates, so fällt uns vor allen Dingen die ungleiche Behandlung auf, die die Arbeiter gegenüber den Angehörigen der anderen Bevölkerungsklassen genießen. Die Verwaltungsbehörden scheinen gar keine Ahnung davon zu haben, daß bei uns die Rechtsgleichheit aller Bürger offiziell existiert. Ueberrall ist die Ansicht maßgebend, daß der Arbeiter minderem Rechts sei als die anderen Staatsbürger und daß er zufrieden sein muß, wenn er überhaupt

Warnung vor Zugug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugug ist fernzuhalten von:

Zischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Böhlen in Pöls, Böhlen in Thüringen, Ologau, Hof i. W., Krefeld (Schulte), Lorjch (Mech), Worms, Poppot (Schulz), Bern in der Schweiz, Budapest;

Drechsler nach Güstzin (Zahn);
Modellfischlern nach Mannheim (Brown, Boveri u. Co.);
Korbmachern nach dem Altenlande, Berlin und Vororten, Brandenburg (Schmidt), Braunschweig (Steinhage), Cuxhaven (Lührsen), Fürstenberg a. Od., Sellstadt, Wulsdorf;

Bergolbern nach Magdeburg (Grühl), Budapest;
Sägern nach Büdinghausen i. Westf. (Mierzhoff);
Stellmachern nach Düren Mhl.

geduldet werde. Vergleichen wir nur, wie das Recht an den Straßen und öffentlichen Plätzen in der Praxis gehandhabt wird. Die Angehörigen der „nach Bildung und Besitz maßgebenden Bevölkerungsschichten“ dürfen so viel Straßenumzüge machen wie sie wollen; sie stören weder den Verkehr, noch gefährden sie die Sicherheit des Staates. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht die bürgerlichen Vereine mit lautem Tamtam durch die Straßen ziehen und sich als Herren der Straße aufspielen, wollen aber die Arbeiter das gleiche tun und ebenfalls in geschlossenem Zuge ihrem Festlokal zuwandern, so tritt die Polizei hindernd dazwischen. Dann regnet es Verbote und Polizeistrafen, und die urältesten, längst verschimmelten Gesetzesparagraphen werden herangezogen, um diese ungleiche Behandlung zu rechtfertigen. Anstatt offen zuzugeben, daß man von einer Rechtsgleichheit nichts wissen will, wendet man alle möglichen Kniffe und Pfiffe an; schier unerträglich ist die Müstkammer, aus denen die Behörden ihre raffinierten Waffen hervorzuholen, die das gleiche Recht der Arbeiter erschlagen sollen. Auch bei der Ueberwachung der Versammlungen tritt dies doppelte Maß, mit dem gemessen wird, deutlich zutage. Die Versammlungen der Kapitalisten werden nicht überwacht, höchstens erscheint ein höherer Beamter, der die Grüße und Segenswünsche der Regierung überbringt; in den Versammlungen der Arbeiter thront eine Pickelhaube auf dem Podium, und die Ausführungen der Redner werden pflichtschuldigst zu Papier gebracht.

Besonders deutlich beobachten wir die Ungleichheit auf dem Gebiete des Wahlrechts in Staat und Gemeinde. Durch allerlei Klauseln und Winkelzüge bringt man es fertig, die große Masse des Volkes von dem Mitbestimmungsrecht auszuschließen und speziell die Arbeiter zu entrechten. Man will eben nicht, daß die Arbeiter irgendeinen nennenswerten Einfluß auf die Geschicke des Staates oder der Gemeinde haben sollen, und wo man dies nicht direkt und offen durch eine Beugung des Rechts fertig bringen kann, da sucht man es durch allerlei Schikanen und Hintertüren zu erreichen. Deutliche Beispiele hierfür bieten die Wahlrechtsverschlechterungen in verschiedenen Staaten und Gemeinden, und auch die Verwaltungspraxis während eines Wahlkampfes zeigt uns, daß das stählerne Wort von der gleichen Behandlung der Arbeiter noch nirgends Befolgung gefunden hat. Nicht genug, daß man die Klaffenentscheidung bei der Wahl durchführt und das Wahlrecht an gewisse Vorrechte der Geburt oder des Besitzes knüpft, suchen die Behörden auch noch obendrein durch den ärgsten Terrorismus den Arbeitern das Wahlrecht illusorisch zu machen. Dieser behördliche Terrorismus, diese systematischen Versuche, das Ergebnis der Wahl in arbeiterfeindlichem Sinne zu fälschen und zu beeinflussen, sind so bekannt, als daß wir noch nötig hätten, Beispiele anzuführen. Der Menschheit ganzer Sammer faßt uns an, wenn wir sehen müssen, wie die Behörden mancher Staaten und Gemeinden während der Wahlzeit mit dem gleichen Recht für alle Schindluder treiben.

In ganz hervorragender Weise macht sich der Eieranzug des Rechtsstaates und seiner Organe dann bemerkbar, wenn die sozialen und wirtschaftlichen Gegenstände in Frage kommen. Wir weisen da zunächst auf die behördliche Praxis gegenüber den Streikposten hin. Nach dem Gesetze haben die in einem Streik befindlichen Arbeiter das Recht, Posten auszustellen, die darauf achten sollen, daß zureisende Berufsgenossen vom dem Bestehen des Streiks unterrichtet werden; sie haben das Recht, die Zureisenden über den Sachverhalt und die Streitpunkte aufzuklären und sie in ruhigem Tone aufzufordern, sich ihren streikenden Kollegen anzuschließen. Dieses theoretische Recht wird aber in der Praxis regelmäßig gänzlich vernichtet, denn die Polizei weist die Streikposten einfach von der Straße und überschüttet sie obendrein mit Strafmandaten. Und hier zeigt sich wieder einmal recht deutlich, in welcher gewandter Weise sich die Behörden um die Klippen des bestehenden Rechts herumzubücken verstehen. Sie verhaften und bestrafen die streikenden Arbeiter nicht, weil sie Streikposten stehen — Gott bewahre, dies Recht wird nicht angetastet! —, sondern weil sie den Verkehr hindern. Wie

genial ist dies erdacht! Da vielfach in der Nähe eines Betriebes, in dem gestreift wird, ein ziemlicher Verkehr herrscht, so liegt die Befürchtung nahe, daß die dort patrouillierenden Streikposten diesen Verkehr stören; und wenn auch keine Spur eines Verkehrs oder einer Verkehrsstörung in der ganzen Gegend zu entdecken ist, es genügt, wenn der überwachende Polizist die subjektive Ueberzeugung hatte, daß der Verkehr gestört werden könne. Ein einziger Polizist macht also das ganze Recht auf Streikposten stehen illusorisch. Und darum liegt die Sache in der Praxis folgendermaßen: Die streikenden Arbeiter dürfen überall Streikposten ausstellen, am Nordpol, am Südpol, in der Wüste Sahara und auch auf dem Monde, nur nicht dort, wo gerade gestreift wird. Gibt es wohl einen größeren Hohn auf die Rechtsgleichheit in einem Rechtsstaate?

Ueberhaupt während eines Streiks erstrahlt das gleiche Recht für alle im hellsten Lichte. Die streikenden Arbeiter werden wie Verbrecher und Aufrührer behandelt und müssen überall die harte Polizeifaust fühlen; man tut gerade, als ob das Streiken ein Verbrechen sei gegen die geheiligte Ordnung des Staates und gegen das unantastbare Ausbeutungsrecht des Kapitals, während doch in Wirklichkeit der moderne Rechtsstaat die Niederlegung der Arbeit, das Streiken, als eine berechtigende Waffe der Arbeiter in den wirtschaftlichen Kämpfen ausdrücklich anerkannt hat. Aber was kümmert sich die Praxis der Behörde um diese schöne Theorie? In den Augen der Behörden sind die streikenden Arbeiter nun einmal Verbrecher, die hart angefaßt werden müssen, aber die Streikbrecher dürfen sich alles erlauben, sie sind die Herren der Situation. Dieses Gefindel, das die Zuchthäuser und Kasernen ausgefüllt haben, wird von der Polizei verhätschelt und förmlich gestreichelt. Wie häufig liest man, daß die Herren Streikbrecher mit geladenen Revolvern herumlaufen und streikende Arbeiter einfach niederknallen, ohne daß ihnen selbst ein Haar gekrümmt wird! Wer darf uns das wundernehmen, wenn selbst die Staatsanwälte, die berufenen Vertreter des Rechtsstaates, die streikenden Arbeiter als „arbeitschene Wummler“ bezeichnen, die „von den Streikbrockchen ein faules Leben führen“, und wenn sie andererseits die Streikbrecher preisen als „die ordnungsliebenden, staats-treuen Elemente, die guten, sorgenden Familienväter, die fleißigen Arbeiter, die keine Lust haben, anderen Leuten auf der Tasche zu liegen“. Ist es nicht noch in frischer Erinnerung, daß ein Breslauer Staatsanwalt die Neufassung tat, es gäbe keine Strafe, die hoch genug sei, um die Beleidigung eines Streikbrockers zu sühnen? Wo solche Anschauungen vertreten sind, da kann selbstverständlich von einer gleichen Behandlung im Sinne des geschriebenen Rechts keine Rede sein, da muß die Rechtspraxis die Rechtslehre einfach ins Gesicht schlagen.

Müssen wir auch noch die Tätigkeit unserer Gerichte heranziehen? Gewiß, sie hüllen sich in den Mantel des Rechts- und wahren Kampfs den Schein; mit sittlicher Entrüstung weisen sie den Vorwurf der Klassenjustiz zurück. Welcher denkende Arbeiter aber, der das öffentliche Leben mit Interesse verfolgt, wäre nicht in der Lage, Dubende von Beispielen anzuführen, ohne sich lange bedenken zu müssen, die beweisen, daß die Gerichte unbewußt und instinktiv gegen die organisierten, um eine Hebung der Lebenslage kämpfenden Arbeiter Partei ergreifen? Und wenn, nach der Meinung des Renner Rechtslehrers Richard Löwenthal, das Recht nicht eine Sache des unbegrenzten Vorgesandts sondern des Gefühl ist, und wenn deshalb das Recht mit dem Rechtsgesühl des Volkes übereinstimmen muß, so sind wir leider hierin noch sehr weit entfernt. Heute steht das Recht mit dem Rechtsgesühl der besitzlosen Volksklasse im schreienden Widerspruch, und mag auch der moderne Staat noch so verzweifelte Anstrengungen machen, sich als Rechtsstaat aufzuspielen, uns wird dieser Eieranzug nicht täuschen. Wir werden ihn immer von neuem wieder den Vorwurf entgegenschießen, daß er ein Klassenstaat ist, und wir werden nicht ruhen und rasten, bis wir den Klassenstaat in einen Rechtsstaat umgewandelt haben.

Soziales.

Die Arbeitslosigkeit

in den Großstädten nimmt einen immer größeren Umfang an, und eröffnet recht trübe Aussichten für den kommenden Winter. In einigen Orten wurden in letzter Zeit Statistiken über die Arbeitslosigkeit aufgenommen. Die Ende September in Barmen vorgenommene Arbeitslosen-Zählung hat ergeben, daß 1096 Personen vollständig arbeitslos sind, und 828 mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten. Von den Arbeitslosen sind 524 verheiratet und 572 ledig. Ähnliche Resultate lieferte die am gleichen Tage in Oberfeld vorgenommene Zählung. Dort wurden 1199 völlig und 666 teilweise Arbeitslose ermittelt. Von den völlig Arbeitslosen sind 604 verheiratet. Sind diese Zahlen schon erschreckend groß, so geben sie doch immer noch kein vollständiges Bild von dem wahren Stand der Arbeitslosigkeit, denn erstens ist die Statistik äußerst vorsichtig aufgenommen worden, zweitens haben nicht alle Arbeitslosen befragt werden können, weil sich bei der Erhebung nicht genug Zähler zur Verfügung gestellt hatten, und drittens weil eine ganze Anzahl Arbeiter aus falscher Scham und aus anderen Gründen keine Angaben gemacht hatten. Nicht besser als im Wuppertal, liegen die Verhältnisse in vielen

anderen Orten. In Köln z. B. trat am 30. September der in der Geschichte des dortigen Arbeitsnachweises einzig dastehende Fall ein, daß in der männlichen Abteilung keine einzige offene Stelle für Köln gemeldet war. Wie sehr die Verhältnisse dort daniederliegen, geht auch aus der Tatsache hervor, daß den dortigen Ortskrankenkassen zurzeit annähernd 6000 Erwerbsfähige weniger angehören als im vorigen Jahre.

Von positiven Maßnahmen zur energischen Bekämpfung des durch die große Arbeitslosigkeit entstandenen Notstands hat man noch wenig gehört. Nur die sozialdemokratischen Fraktionen auf den Rathäusern einiger Städte haben durch Einbringung von Interpellationen und Anträgen die respektiven Stadtväter genötigt, zu der Frage Stellung zu nehmen. So hat sich die Berliner Stadtverordnetenversammlung in zwei Sitzungen mit einem Antrag beschäftigt, den Magistrat zu ersuchen, schleunigst Vorkehrungen zu treffen, um der für diesen Winter drohenden Arbeitslosigkeit in wirkungsvollster Weise entgegenzutreten zu können. Im Dresdener Stadtverordnetenkollegium wurde anlässlich der Beratung einer sozialdemokratischen Interpellation festgestellt, daß sich im Monat Juli bei den Dresdener Arbeitsnachweisen 10784 Personen als arbeitssuchend gemeldet haben, jedoch nur 5899 Stellen zu besetzen waren.

In der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. haben die Sozialdemokraten einen umfangreichen Antrag eingebracht, in welchem die beschleunigte Inangriffnahme aller städtischen Arbeiten und Vorbereitungen für Notstandsarbeiten gefordert wird. Zur Unterfunkt für Obdachlose soll geeignete Vorkehrung getroffen und dem Verein zur Speisung armer Schulkinder eine außerordentliche Unterstützung von 10 000 M. überwiesen werden. Ferner wird beantragt, den Gewerkschaften als Reequivalent für die Entlastung des städtischen Armenrates Zuschüsse zu ihren Arbeitslosen-Unterstützungseinzahlungen zu zahlen. Schließlich enthält der Antrag noch einige Forderungen, die der dauernden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen sollen, unter denen die Schaffung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung besonders hervorzuheben ist. Alle diese Anträge wurden dem sozialpolitischen Ausschuß zur beschleunigten Beratung überwiesen.

Auch die sozialdemokratische Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung in Cassel hat eine Interpellation eingebracht, in welcher der Magistrat gefragt wird, ob er willens ist, Vorkehrung zu treffen um der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu begegnen und zwar durch Inangriffnahme städtischer Arbeiten und durch Gewährung von Zuschüssen an die Gewerkschaften, welche ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlen.

Ueber das praktische Resultat aller dieser Beratungen läßt sich heute noch nicht berichten; wir fürchten aber, daß nicht gar viel dabei herauskommen wird. Wenn auch da und dort Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden, so können diese doch bestenfalls nur einen bescheidenen Teil des Elends lindern. Die Gerechtigkeit gebietet anzuerkennen, daß wirklich durchgreifende Maßnahmen von den Städten auch kaum unternommen werden können, da ihnen hierfür die geschlichen Handhaben fehlen. Aber viele Städte bleiben noch weit hinter den Grenzen zurück, innerhalb welcher sie ihren sozialpolitischen Eifer bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen beweisen können. Die Stelle von der aus wirklich ernsthafte Maßnahmen in dieser Angelegenheit unternommen werden können, ist die Reichsregierung und der Reichstag. Leider hat man aber hier für solche Aufgaben keine Zeit. Die Regierung ist so emsig mit dem Schmieden von Plänen zur Klinderung der Taschen der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt, daß sie dem Umstand, daß weite Volkskreise tatsächlich Hunger leiden, keine Aufmerksamkeit schenken kann.

Neue Fliderri an der Gewerbeordnung. Das Fliden an der Gewerbeordnung scheint nachgerade zu den „berechtigten Eigentümlichkeiten“ des Deutschen Reiches zu gehören. Kaum eine Reichstagsession vergeht, wo nicht an der Gewerbeordnung herumgepuscht wird, so daß sich kaum noch jemand in dem Wust von Paragraphen und Unterparagraphen zurechtfinden kann. Jetzt wird schon wieder eine neue Gewerbeordnungsrevision angekündigt. Nach Berliner Blättern haben im Reichsamt des Innern die Vorarbeiten dazu schon begonnen. Auf mehreren Gebieten sind Änderungen der bestehenden Bestimmungen zu erwarten. Auch über eine Umgestaltung des Sanktionswesens zur wirklicheren Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs schweben Erwägungen. Ferner wird die Frage der Sonntagsruhe eine anderweitige Regelung finden.

Gewerbeinspektion und Amtsgeheimnis. In Nr. 37 der „Solzarbeiter-Zeitung“ haben wir von einem befremdenden Vorgang Notiz genommen, der sich vor dem Gewerbegericht in Frankfurt a. M. abspielte. Ein wegen unberechtigter Entlassung seines Lehrlings verflagter Meister erklärte, beschwören zu wollen, daß ihm von einem Beamten der Gewerbeinspektion Mitteilungen gemacht worden seien, aus denen hervorging, daß der entlassene Lehrling unberechtigte Beschwerden über seinen Betrieb erhoben habe.

In dieser Angelegenheit erläßt nun der Frankfurter Gewerkschaftssekretär Dorsch eine Erklärung in der „Frankfurter Volksstimme“, welcher wir entnehmen, daß es sich um die Firma Werde u. Co. handelt, und daß es der Herr Werde war, der die fragliche Behauptung aufstellte. Bei einer Nachfrage auf der Gewerbeinspektion stellte sich heraus, daß der rebellierende Beamte dem Unternehmer überhaupt keine Mitteilung gemacht hat, daß Beschwerden eingelaufen seien, geschweige denn, daß er den Namen des angeblichen Beschwerdeführers angegeben habe. Im weiteren konstatiert die Gewerbeinspektion, daß bei der Befichtigung des Betriebes der Firma Werde u. Co. der

Zeherling bereits entlassen war, also nicht mehr infolge der Bestätigung entlassen werden konnte.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem 1. Oktober sind die vom Verbandstag in Stettin beschlossenen Statutenänderungen in Kraft getreten...

§ 7. Bei Unterstützungsansprüchen werden im Ausland gezahlte Beiträge nur angerechnet...

§ 11. In Ausnahmefällen können Mitglieder einzelner Branchen mit besonders niedrigem Verdienst von der Zahlung der Lokalbeiträge ganz oder teilweise entbunden werden.

Dem Mißbrauch der Unterstützungsanstalten des Verbandes zu begegnen, ist im § 12 ausdrücklich ausgesprochen...

Eigentlich selbstverständlich sollte sein, daß restierende Beiträge von den Unterstützungen in Abzug gebracht werden müssen.

Zur wirksamen Durchführung der Lohnbewegungen ist im § 19 beschlossen worden...

Die am Orte nicht benötigten Gelder müssen nach § 77 monatlich an die Hauptkasse eingesandt werden.

Alle Zuschriften für den Verbandsvorstand sind an die Adresse des 1. Vorsitzenden Theodor Keipart, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2, alle Geldsendungen an den Hauptkassierer: Fritz König, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2 zu adressieren.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 42. Wochenbeitrag für die Woche vom 11. bis 17. Oktober fällig geworden.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltbeitrags erteilt...

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 10941 Mich. Köhlenschmidt, Tischler, geb. 80. 3. 77 zu Treptow a. T.

24242 Albin Junge, Tischler, geb. 9. 12. 88 zu Lobstädt. 71027 Ernst Eichhorn, Tischler, geb. 17. 11. 84 zu Elberfeld.

81501 Erwin Mühmer, Tischler, geb. 9. 8. 75 zu Langenub. 119782 Stefan Walz, Tischler, geb. 21. 12. 79 zu Laubersbichsfeldheim.

151222 Wilhelm Lange, Tischler, geb. 29. 4. 89 zu Kremmen. 214545 Ernst Karig, Tischler, geb. 12. 3. 85 zu Vorna.

243280 M. Gollmar, Tischler, geb. 24. 10. 86 zu Blauen. 260839 Emil Witzorf, Tischler, geb. 6. 12. 82 zu Marisfeld. 810511 Franz Teller, Tischler, geb. 29. 12. 88 zu Waltershausen.

348575 Karl Hesse, Maschinenarbeiter, geb. 7. 6. 87 zu Sonderhausen. 408628 Gustav Beckner, Stellmacher, geb. 20. 8. 81 zu Liebenow.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2. Der Vorstandsvorsitzende.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Alle Sendungen an den Ausschuss sind nunmehr an die Adresse des Unterzeichneten zu richten. Der Vorsitzende: Aug. Köppe, Stuttgart, Gaisburgstr. 3.

Bekanntmachung der Gauvorstände.

Gau Nürnberg. Den Kollegen diene zur Kenntnis, daß das Gaubureau nach Breitagasse 25/27 verlegt wurde.

A. Stein, Nürnberg, Breitagasse 25/27.

Korrespondenzen.

Misfeld. Schon oft haben wir die Kollegen zum regen Besuch der Versammlungen aufgefordert; leider haben wir vielfach tauben Ohren gepredigt.

Brand b. Freiberg. In der hiesigen Stuhlfabrik scheinen Veränderungen sehr beliebt zu sein; ist doch vor kurzem schon der dritte technische Betriebsleiter entlassen worden.

Breslau. (Modelitischler.) Am 12. September fand unsere Branchenversammlung statt, in der Kollege Argmann über das Thema: 'Wie und auf welchem Wege erhalten die Arbeiter die Unfallrente?' referierte.

Dresden. (Musikinstrumentenarbeiter.) In einer am 15. September abgehaltenen öffentlichen Versammlung hielt Kollege Gerlitz ein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat über 'Wirtschaftskrisen, deren Ursachen und Wirkungen'.

Frankfurt a. M. In der Ramfabrik von Walter u. Meisch, hier, haben sich wieder einmal Zustände eingebürgert, welche eine Besprechung an dieser Stelle erforderlich machen.

Mensch ist, der ein Recht hat zum Leben, und der sich nicht bei jeder Gelegenheit die Löhne kürzen lassen muß, wie es den Herren Arbeitgebern gefällt.

Heidelberg. In einer stark besuchten öffentlichen Holzarbeiterversammlung sprach hier am 19. September Kollege Baptist Weh aus Mainz über das Thema: 'Was sind uns Arbeitern die Gewerkschaftsorganisationen zur Zeit der Krise?'

Karlsruhe i. B. Die Kollegen der Zahlstellen Baden-Baden, Bretten, Bruchsal, Durlach, Gaggenau, Karlsruhe i. B., Malsatt, Oos und Pforzheim hielten, unter Anwesenheit des Gaubauarbeiters Klau, am 27. September in Karlsruhe eine Agitationsbesprechung ab.

Die Kollegen der Zahlstellen Baden-Baden, Bretten, Bruchsal, Durlach, Gaggenau, Karlsruhe i. B., Malsatt, Oos und Pforzheim hielten, unter Anwesenheit des Gaubauarbeiters Klau, am 27. September in Karlsruhe eine Agitationsbesprechung ab.

zur erneuten energischen Arbeit anzuspornen, der Dank ausgesprochen. Möge diese erste Arbeit auch bei den indifferenten Kollegen ein Echo finden.

Karlsruhe. (Drechsler.) Verflogen ist der Spiritus, das Nihilisma ist geblieben. An dieses Wort muß man unwillkürlich denken, wenn man das Eingefandt des Kollegen Sitzung liest. Ein halbes Jahr nach der Konferenz schon kein Interesse mehr an der Einrichtung, die die Konferenz geschaffen hat. Das ist bedauerlich und wirft ein schlechtes Licht auf das Pflichtgefühl der Mehrzahl der Sektionsleiter und Vertrauensleute. Das erweckt den Anschein, daß es der Mehrzahl der Kollegen vor der Konferenz eben nur darum zu tun war, überhaupt eine Konferenz zustande zu bringen, um einmal auf Verbandskosten eine Reise zu machen. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn die Zentralkommission diejenigen Zahlstellen, die Delegierte zu der Konferenz entsandt haben und nun ihre moralische Pflicht zu leicht vergessen konnten, veröffentlicht, damit die betreffenden Ortsverwaltungen die in Frage kommenden Kollegen etwas energischer auf ihre Pflicht aufmerksam machen. Kollegen! Die Zeiten sind ernst, darum, wer es ehrlich mit dem Verbande und den Kollegen meint, der werfe die Lauheit ab und komme den Beschlüssen der Konferenz nach. Insbesondere wäre den Kollegen zu empfehlen, das Protokoll der Konferenz zu studieren und das Nachwort zu beherzigen.

Konitz i. Westpr. Am 27. September haben wir nach langer, mühevoller Arbeit die Kollegen zusammenbekommen, um sie zu bewegen, sich der Organisation anzuschließen. Nachdem Kollege Makies den Anwesenden die Lage am Orte vor Augen geführt und auf die Bedeutung der Organisation hingewiesen hatte, konnten wir dazu schreiten, einen Teil Mitglieder aufzunehmen und einen Vorstand zu wählen. Wir hoffen jetzt, daß es endlich vorwärts geht. Kollegen, jetzt gilt es aber auch treu zur Sache zu halten und nicht wieder durch persönliche Neiderereien, die ganz außerhalb des Gesichtskreises der Organisation liegen, sich verleben zu lassen. Die Finte ins Korn zu werfen. Jetzt heißt es auch, den letzten Kollegen zu gewinnen, der uns noch fern steht, daß wir endlich geschlossen und einig den Meistern gegenüber unsere Forderungen vertreten können, um unsere Lage aufzubessern. Kollegen, jetzt heißt es vorwärts, denn nur mit Hilfe der Organisation und durch Einigkeit unter uns können wir etwas erreichen.

Krefeld. In einer gut besuchten Versammlung sprach am 26. September Kollege Sobota über: "Die Strafrechtsbewegung und deren Bedeutung für die Arbeiterschaft". Der Referent führte seine Zuhörer in das große Gebiet des Strafrechts ein. Er schloß seinen sorgfältig ausgearbeiteten Vortrag mit Dankesworten an den Berliner Strafrechtslehrer Professor von Liszt, der das Manuskript vorher begutachtet hatte. Zu der Versammlung waren einige Herren vom hiesigen Landgericht eingeladen, die auch hinkamen, aber sofort wieder gingen, weil die Versammlung eine geschlossene sei. Der Vorsitzende erklärte zwar, daß absolut niemand gegen ihre Anwesenheit etwas einzuwenden hätte. Die Herren Richter und Staatsanwälte gingen jedoch fort, obwohl die Kollegen ihre Anwesenheit gern gesehen hätten.

Lahr. Unsere Zahlstelle hielt ein recht gut besuchtes Gartenfest ab. Verbunden hatten wir damit eine Bezirkszusammenkunft der umliegenden Zahlstellen. Außer den eingeladenen Zahlstellen des Bezirks war auch der Gauvorstand durch den Kollegen Mauh vertreten, welcher in seiner Ansprache die Männer sowohl als die Frauen auf die wirtschaftliche Entwicklung und auf den so nötigen Zusammenschluß des arbeitenden Volkes aufmerksam machte. Wir hoffen, daß auch diese Kundgebung dazu beigetragen hat, dem Verbands neue Kräfte zuzuführen und den Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich daran beteiligt haben, das Bewußtsein zu stärken, daß wir nur durch vereinte Kraft eine Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse erreichen können.

Biegnitz. Auch in unserer Stadt, mit ihrer hochentwickelten Holzindustrie, hat die Wirtschaftskrise ihre Furchen gezogen. War auch am Beginn dieses Jahres noch recht wenig davon zu merken, um so schlimmer aber zeigte sich das Sommerhalbjahr. In der Klavierindustrie ist allerdings auch heute noch wenig von der Krise zu spüren. Dagegen ist in der Möbelbranche und namentlich in der Bautischlerbranche eine Stöckung der Produktion zu verzeichnen, wie sie in dieser Ausdehnung noch niemals sich gezeigt hat. Zudem hatten die Bautischlermeister den bis 1. April dieses Jahres gültigen Tarif am 1. Januar gekündigt. Sie wollten die für sie günstige Gelegenheit ausnützen und unseren Kollegen einen bedeutend verschlechterten Tarif aufzwingen. Unsere Kollegen, die von einer Kündigung des Tarifes infolge der schlechten Wirtschaftsverhältnisse abgesehen hatten, sahen sich so in einen Kampf hineingedrängt unter verhältnismäßig ungünstigen Umständen, daß es der heroischsten Anstrengungen bedurfte, um nur die Verschlechterungen abzuwehren. Nur dem festen Zusammenhalten in dem jetzt zwingend notwendigen Kampfe und dem oft schwierigen Abschieben der in großer Zahl Zugereisten ist es zu danken, daß nunmehr der Kampf beendet und ein neuer Tarif abgeschlossen werden konnte. Freilich enthält dieser neue Tarif nicht das, was die Kollegen gefordert hatten. Neben ganz unbedeutenden Zugeständnissen haben einige Positionen gegenüber dem alten Tarif Verschlechterungen erfahren. Über wie die Dinge lagen, mußte in diesen lauren Apfel gelassen werden. Waren doch bei der Unterzeichnung des Tarifes noch gegen zehn Kollegen beschäftigungslos, und erst im Laufe der letzten Woche hat der letzte der Ausständigen ausschließweise Beschäftigung gefunden. Die Kollegen ersehen hieraus wieder, wieviel schwerer es ist, in schlechten Zeiten Verschlechterungen abzuwehren, als in guten Zeiten Forderungen durchzusetzen. Aufgabe der Kollegen nun ist es, den Tarif in allen seinen Teilen strikte durchzuführen, die indifferenten Kollegen der Organisation zuzuführen und die Solidität und Kameradschaftlichkeit zu fördern. Wir müssen jederzeit und in jeder Lage dem Unternehmertum geschlossen gegenüber treten können. Aber vor allem ergeht an unsere Mitbestimmten der Ruf: Macht auf aus eurer Schlafmütze, organisiert Euch, wenn auch bei Euch bessere Verhältnisse eintreten sollen. Ihr alle, die Ihr mit 8, 10, 12 und 14 M. Wochenverdienst

nach Hause geht und Euch die größten Grobheiten vom Werführer gefallen laßt, Ihr solltet doch endlich eingesehen haben, daß es Verrat an der Arbeiterschaft ist, sich immer abwärts zu stellen, sich nach oben zu bücken und auf den Verband zu schimpfen. Wollt Ihr für Euch, für Eure Familien wirklich menschenwürdige Zustände schaffen helfen, so zögert nicht länger, tretet ein in unsere Organisation und kämpft mit uns Schulter an Schulter für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Mannheim. (Drechsler.) Ein Musterbetrieb ist die Firma J. Friedberger, Drechlerwarenindustrie. Jedenfalls kommt ihr der flauere Geschäftsgang recht gut zustatten, um die Arbeiter auf alle Arten zu schikanieren. Ein unorganisierter Hilfsarbeiter wurde entlassen, weil er nur bis 1/8 Uhr abends gearbeitet hatte. Den im Akkord arbeitenden Drechslern wird zugemutet, das Holz eine halbe Stunde weit vom Holzlagerplatz ohne Vergütung zu holen. Ferner ist im Akkordpreise das Zuschneiden des Holzes mit einbegriffen, und dabei ist der Akkordpreis so gestellt, daß man nur mit größter Anstrengung auf seinen Tagelohn kommt. Das Vorstelligwerden der dort beschäftigten Kollegen und des Geschäftsführers der Zahlstelle blieb resultatlos. Die Antwort lautet immer: Wem's nicht paßt, kann gehen; ich bekomme genug Drechsler. Es ist in der Tat so; diese Wude wird in letzter Zeit stark überlaufen. Es ergeht deshalb an dieser Stelle die Mahnung an die Kollegen, die Musterwerkstätte des Herrn Friedberger zu meiden.

Mehingen. Am 18. September fand hier eine Versammlung statt, zu welcher von Neutlingen, Ulm, Mehingen, Tübingen und Nürtingen Delegierte geladen waren. Die Anregung zu dieser Bezirksversammlung wurde von Neutlingen gegeben und von den übrigen Orten auch gutgeheißen. Recht bedauerlicherweise glänzten aber Tübingen und Nürtingen durch Abwesenheit, was um so bedenklicher erscheinen mußte, da zweifelsohne in genannten Orten die Organisationsverhältnisse und folgedessen auch die Lohnverhältnisse die denkbar ungünstigsten sind. An das Referat des Gauvorstehers über: "Die nächsten Aufgaben im Bezirk" entspann sich eine lebhafte Debatte. Die Delegierten konnten sich der Ansicht nur anschließen, daß die Notwendigkeit vorhanden sei, zur Hausagitation zu schreiten. Das Ergebnis der Debatte war eine Erklärung der Mehinger Kollegen, nach welcher sie sich zur Mithilfe bei der Hausagitation zur Verfügung stellen würden. Dieses Anerbieten ist um so erfreulicher, da in Mehingen der größte Teil der dort beschäftigten Arbeiter dem Verband angehört, am Ort also für die Organisation nicht mehr viel zu holen sein dürfte. Die umliegenden Zahlstellen sollten sich daran ein Beispiel nehmen und bedenken, daß den Mehingern nichts in den Schoß gefallen ist, sondern die dortigen Verhältnisse nur das Produkt von jahrelanger Tätigkeit und Agitationsarbeit sind. Was aber dort möglich war, kann auch anderen Ortes gemacht werden. Von Neutlingen wurde über die Haltung einiger älterer Kollegen bewegte Mäße geführt, die ihre Aufgabe in Quertreibereien und Mörgeleien erblicken. Diese genießen wohl die Früchte, für welche der Verband die Saat geliefert, sind aber nicht imstande, sich zu der Erkenntnis durchzuführen, daß auch sie an dem Weiterbauen sich beteiligen sollten. Von Ulm, der Westpol der Holzwarenfabrikanten, konnte nur über fargen Lohn infolge der schwachen Organisation berichtet werden. Angeblich leidet die Zahlstelle noch unter den Folgen eines ungünstigen Streiks. Dieses scheint jedoch mehr ein Vorwand der Indifferenten zu sein, um ihr Fernbleiben vom Verband zu entschuldigen. Aber auch dort macht sich jetzt die Arbeitslosigkeit schon bemerkbar. Warten wir den Winter ab, dann dürfte es manchem zum Bewußtsein kommen, was die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes wert sind.

Milachen. (Drechsler.) Die letzte Monatsversammlung befaßte sich auch eingehend mit dem Eingefandt der Zentralkommission der Drechsler in Nr. 35 unseres Layouts. Die Geschäftigkeit der Kollegen, mit der die Kommission zu rechnen hat, wurde streng getadelt. Vor der Konferenz waren sich die Kollegen alle einig, daß die mißliche Lage, in der sich die Drechsler zurzeit befinden, gehoben werden müsse, und als ersten Schritt betrachtete man die Konferenz. Man versprach sich allgemein großen Nutzen und eine Fülle neuer, wertvoller Anregungen, die die Abhaltung bringen werde. Es schien, als ob die Drechsler es nicht erwarten könnten, die neu erhaltenen Anregungen unter die gleichgültigen Kollegen zu tragen, so daß ein großer Erfolg von der Konferenz erwartet wurde. Nach acht Monaten muß aber die Kommission die unerbittliche Lauheit der Kollegen tadeln, die es ihr unmöglich macht, den Beschlüssen der Konferenz nachzukommen. Wenn es nicht gelingt, durch den Aufruf der Zentralkommission die Drechslerkollegen zur Erfüllung ihrer Pflicht zu veranlassen, so wäre es vielleicht angebracht, daß sich auch die verschiedenen Ortsverwaltungen, die ja auch für die Delegationskosten aufzukommen hatten, danach erkundigten, wie weit ihre Delegierten bis jetzt ihre Pflicht erfüllten. So beschämend es auch für unsere Kollegen ist, eine solche Interesslosigkeit konstatieren zu müssen, so halten es die Versammelten doch für ihre Pflicht, durch rückhaltlose Kritik eine Besserung herbeizuführen. Sollte jedoch alles nichts fruchten, so müssen die Namen der Pflichtvergessenen veröffentlicht werden.

Mistel a. Nehe. Am 20. September fand hier eine gut besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Gauvorsteher Kollege August Stiefeld über die sozialen Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen referierte. In der Diskussion wurde der Wunsch ausgesprochen, den hier noch vorhandenen Kost- und Logiszwang in Wälder zu beseitigen. In seinem Schlusswort erwähnte der Kollege Stiefeld insbesondere die Schiffbauerei, sich der Organisation anzuschließen, damit auch ihre Lohn- und Lebensverhältnisse gebessert werden. Bei der Firma Mistel, wo die Kollegen organisiert sind, steht der Lohn auf 42 Pf., dagegen beträgt er bei der Firma Mastesewski nur 35-38 Pf. Bei der erstgenannten Firma wurde mit Hilfe der Organisation in diesem Sommer der Lohn um 2 Pf. erhöht. Wir raten sämtlichen Kollegen dringend, sich dem Deutschen Holzarbeiterverbande anzuschließen, dann werden auch hier bessere Verhältnisse Platz greifen.

Naftatt. In unserer Stadt sind nahezu 500 Holzarbeiter beschäftigt. Die Arbeitszeit ist im allgemeinen eine zehnstündige, die Löhne dürften durchschnittlich 35 bis 40 Pf. pro Stunde betragen. Die Kolonnenführer in der Waggonfabrik verdienen ja mehr. Wenn dies nicht der Fall wäre und die von der Direktion ausbezahlten Löhne den Arbeitern zuzufügen, die sie in Wirklichkeit auch verdienen, würde manche Klage unter den Kollegen verstummen. Bei außerordentlichen Gelegenheiten kommen diese "Meister" auch in die Versammlungen der Arbeiter. Natürlich nicht, um deren Interessen zu vertreten, sondern um sich nach oben durch entsprechende Berichtstattung beliebt zu machen. Es ist nur bedauerlich, daß Kollegen, die schon Jahre dem Verbande angehört hatten, austraten, weil eine Notiz in unserem Verbandsorgan ihrem Geschmack nicht ganz entsprach. Man sollte sich schämen, solche Gründe vorzuschützen. In einer hiesigen Möbelfabrik ist die 9½stündige Arbeitszeit eingeführt. Die Fabrikleitung liegt außer den Inhabern in den Händen von vier Meistern und drei Söhnen. Eine weitgehende Arbeitsteilung ist hier durchgeführt. Die Mädchen, die als Polstererinnen tätig sind, verdienen geradezu "schreckliche" Löhne. Den Arbeitern ist nur dringend zu raten, sich ihrer Organisation, dem Deutschen Holzarbeiterverbande, anzuschließen, und jeden Versuch, ihre Organisationskräfte zersplittern zu lassen, energisch zurückzuweisen. Sonst könnte es doch soweit kommen, daß die schon einmal angebrochte 30prozentige Lohnreduktion auch durchgeführt wird. Ueber die Verwendung der Strafgeelder haben die Arbeiter keine Kontrolle. Ein Arbeitgeber hat einen besonders starken Arbeiterwechsel. In vielen Fällen zahlt er anfangs gute Löhne. So ganz zufällig bekommt er Streit mit den Arbeitern, die dann ohne Lohn aufhören müssen. Beim Amtsgericht ist gewöhnlich kein Recht zu bekommen. Die hiesigen Kollegen wollen sich einmal die Frage beantworten: Werden die angeführten Mißstände von selbst aufhören? Wir glauben dies nicht. Nur der Deutsche Holzarbeiterverband ist es, der Verbesserungen schaffen kann.

Sonneberg i. Thür. Die am 18. September stattgefundene öffentliche Holzarbeiterversammlung war nicht so besucht, wie wir es erwartet hatten. Unser neuer Gauvorsteher, Kollege Gütth-Grfurt, hielt einen interessanten Vortrag und entledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Hieran schloß sich eine ausgiebige Diskussion, in welcher die örtlichen Verhältnisse besprochen wurden. Herrschen doch hier noch recht mißliche Zustände, speziell bei den Ritzschreinern, die hier das Hauptkontingent stellen. Um hier Rat zu schaffen, müssen die Mitglieder Versammlungen besser besucht werden.

Wald. (Horn- und Stöckdrechsler.) Eine kombinierte Stöckdrechsler- und Holzstuhlfabrikanten Versammlung der Zahlstellen Wald und Ohligs beschäftigte sich mit den Praktiken der Horn- und Stöckfabrikanten. Seit einiger Zeit bemüht sich der Mittinhaber eines der größten Betriebe, die Fabrikanten der Horn- und Stöckbranche von hier und Umgebung zu vereinigen, mit dem ausgesprochenen Zweck, den Arbeitern die Freizügigkeit zu beschneiden. Schon seit Jahren hatten zwei Firmen das Abkommen getroffen, ihre Leute erst nach einem halben Jahre gegenseitig einzustellen. Es wurde festgestellt, daß sich einer der Herren augenblicklich die größte Mühe gibt, sämtliche Fabrikanten in schon angeführtem Sinne zu vereinigen (Arbeiterschutzbund), mit dem Erfolge, daß schon die Inhaber der größeren Betriebe diesen Abmachungen beigetreten sind. Die Versammlung erblickte in dem Vorgehen der Unternehmer eine schwere Schädigung der Interessen unserer Kollegen, da wir dadurch gehindert werden, uns bessere Arbeitsgelegenheit zu verschaffen und dem Unternehmertum auf Gnade oder Ungnade überantwortet sind. Nach eingehender Diskussion fand eine Resolution einstimmige Annahme, in welcher ganz energisch gegen die Maßnahmen der Unternehmer protestiert wird. In alle Kollegen richten wir die dringende Bitte, Wald und Umgegend mit Arbeitsangeboten bis auf weiteres zu verschonen, um uns dadurch in diesem Kampfe zu unterstützen, besonders, da auch die augenblickliche Konjunktur nicht die beste ist.

Waldfisch. Am 20. September veranstaltete die Waldfischer Zahlstelle, vereint mit den Elzacher Kollegen, ihr drittes Stiftungsfest, das einen wohlgelungenen Verlauf nahm. Kollege Niedmüller aus Freiburg hatte die Festrede übernommen, in welcher er den zahlreichen Festteilnehmern in eindringlicher Weise den Nutzen der Organisation vor Augen führte. Möchte die Feier dazu beitragen, die hier noch massenhaft fernstehenden Kollegen unseren Reihen zuzuführen, dann dürfte der Zweck vollständig erreicht sein. Bei den Elzacher Kollegen macht sich jetzt die schlechte Konjunktur recht föhlbar und ist unsere kleine Schar wieder um einige Kollegen kleiner geworden. Hoffentlich geht es bald wieder besser, damit der alte Wunsch nach Errichtung einer eigenen Zahlstelle doch noch in Erfüllung geht. Unterdessen wollen wir vereint mit den Waldfischer Kollegen für unsere gute Sache kämpfen.

Wendelstein. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am hiesigen Orte liegen noch sehr im argen. Die Arbeitszeit ist sehr verschieden. Von zirka 17 Drechlereien haben die Hälfte eine Arbeitszeit von 63 Stunden pro Woche, die übrigen dagegen eine solche von oftmals 70-84 Stunden. Was die organisierten Kollegen anbelangt, so haben dieselben seit Jahresfrist eine geordnete Arbeitszeit: Montag 7-5 Uhr, Sonnabend 6-5 Uhr, sonst 6-8 Uhr. In den Werkstätten hingegen wo die indifferenten Kollegen stehen, da steht es noch ganz traurig aus. An der Spitze stehen die Witwe Miesche Werkstätt und die des früheren Wirtsmeisters Med hierorts. In ersterer befindet sich ein Kollege, der bei Gründung der hiesigen Zahlstelle dem Verbands beitrug, ihm aber nach 5 Wochen wieder den Rücken kehrte mit dem Bemerkten: Es hilft uns doch nichts, die Sache ist hier nicht zu ändern, jetzt habe ich schon 5 Beiträge bezahlt und doch noch nichts ausgerichtet! Was die Arbeitszeit jenes Kollegen betrifft, da sind wir der Überzeugung, daß es nur wenig von der Sorte gibt, außer den beiden alten Junggesellen in der Mieschen Werkstätt, welche aber in unsere heutigen Verhältnisse nicht mehr gerechnet werden können. Unser ehemaliges Mitglied betritt früh 1/2 5 Uhr seine Werkstätte, Frühstück, und Mittagspause

kennt er nicht; er läßt sich seine notdürftige Mahlzeit an die Arbeitsstelle bringen, wo er sie hastig hinabwürgt, um wieder sein Werkzeug in Ordnung zu bringen und Holz zu spizen und die Jagd geht aufs neue los. Abends 7 Uhr wird der Betrieb abgestellt; da sehen wir ihn aber schon wieder bis 1/2 9 Uhr an der Drehbank stehen, um für den nächsten Tag vorzuarbeiten. Es kommt somit eine Arbeitszeit von 16 Stunden täglich heraus. Dazu der horrende Lohn von 3-3,30 Mk., wovon er noch bereitwilligst 20 Pf. für elektrische Kraft zahlt. Seit her war es ja allgemein Gebrauch, daß die Arbeiter den Strom zahlen mußten; seit Gründung der Zählstelle wurde in vielen Werkstätten mit diesem Mißstand aufgeräumt. Daß unter solchen Umständen und Verhalten der Arbeiter die Mitglieder unserer Zählstelle, welche auf Verfürgung der Arbeitszeit und bessere Lohnverhältnisse hinarbeiten, keinen leichten Standpunkt haben, wird niemand widerstreiten. Trotzdem hält das kleine Häuflein fest zusammen. Wir glauben aber auch, die Herren Meister würden ein Interesse daran haben, wenn die Arbeitszeit eine geregelte wäre. Der Wert des Deutschen Holzarbeiterverbandes wird besonders in der gegenwärtigen Krise von den Kollegen allgemein immer mehr erkannt werden; wagen es doch die Meister nicht mehr so leicht, von den schlecht bezahlten Akkorden weitere Abzüge zu machen; auch die Kranken und Arbeitslosen der Zählstelle werden die Unterstützung des Verbandes sehr wohl empfinden. Diese Erfolge sollten die noch fern stehenden anfeuern, in Zukunft die Versammlungen zu besuchen, und Mann für Mann einzutreten in unsere Reihen.

Zweiterklärung. Am 12. September fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege St. Rehfeld aus Mannheim über das Thema: „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, und sind unsere modernen Gewerkschaften eine soziale Notwendigkeit?“ referierte. Der Beslich war leider nicht bereit, wie er in Anbetracht des so wichtigen und zeitgemäßen Themas an Plätze gewesen wäre. Insbesondere fehlten die neugewonnenen Mitglieder, für welche dieser lehrreiche Vortrag besonders von Nutzen gewesen wäre. Denn, Kollegen, es genügt nicht nur, daß man seine Beiträge bezahlt, sondern es ist notwendig, daß man auch regelmäßig die Versammlungen besucht und seine Zeitung liest. Wie soll man mit solchen Kollegen, die nicht gewerkschaftlich erzogen sind, eine Lohnbewegung führen, welche manchmal hohe Anforderungen an den einzelnen stellt? Gerade die Versammlungen sind es, in welchen die Kollegen über die Bestrebungen und Ziele der Organisation aufgeklärt werden sollen, damit sie auch bei den indifferenten Kollegen agitatorisch wirken können, was hier noch sehr not tut.

Storbefriel.

- Ger mann Bertuch, geboren 11. August 1882 zu Gotha, gestorben 20. September 1908 ebenda.
- Gustav Allmann, geboren 21. Dezember 1886 zu Heula, gestorben 17. September 1908 zu Gotha.
- Johann Trampler, Schreiner, geboren 20. August 1876 zu Hof, gestorben 6. September 1908 zu Kassel.
- Theres Gartner, Poliererin, geboren 25. April 1877 zu Penzberg, gestorben 27. August 1908 zu Eßb.
- H. Polack, Tischler, geboren 14. September 1885 zu Cuzhau, gestorben 7. September 1908 ebenda.
- Louis Kleinfeuber, Modelltischler, geboren 3. November 1887 zu Schaftstädt, gestorben 7. September 1908 ebenda.
- Franz Siedersleben, Drechsler, geboren 27. August 1867 zu Berlin, gestorben 12. September 1908 zu Halle a. S.
- Gustav Hillemann, Stellmacher, geboren 31. März 1880, gestorben 21. September 1908 zu Grone bei Göttingen.
- Christoph Dob, Schreiner, geboren 10. Februar 1883 zu Eglingen, gestorben 20. September 1908 zu Stuttgart.
- H. Haslwanter, Säger, geboren 9. Juli 1. 61, gestorben 20. August 1908 zu München.
- Franz Haber Eigel, Parkettleger, geboren 19. Juli 1850, gestorben zu München.
- Lorenz Luhenberger, Schreiner, geboren 6. November 1870, gestorben 30. August 1908 zu München.
- G. Thalhhammer, Schreiner, geboren 20. Juli 1877, gestorben 11. September 1908 zu München.
- Franz Haber Hoyer, Parkettleger, geboren 8. Januar 1859, gestorben 27. August 1908 zu München.
- Hansl Mayer, Stuhlmacher, geboren 9. März 1877 zu Würzburg, gestorben 7. September 1908 ebenda.
- Franz Olle, geboren 9. Februar 1866 zu Wernburg, gestorben 18. September 1908 zu Pöln.
- Max Gahn, Knopfarbeiter, geboren 28. Juni 1868 zu Breslau, gestorben 6. September 1908 ebenda.
- Oskar Raden, geboren 9. Oktober 1882 zu Heidersdorf, gestorben am 25. September 1908 zu Dresden.

Unsere Lohnbewegung.

In Berlin dauert der Streik der Formarbeiter in der Grünbranche unabändert fort. Die Unternehmer geben sich die größte Mühe, Arbeiter heranzuziehen; zu diesem Zweck suchen sie sogar einzelne Kollegen in ihren Wohnungen auf, um sie zur Aufnahme der Arbeit zu überreden, natürlich ohne Erfolg. Außer den Eigengebliebenen haben sich noch keine Streißbrecher gefunden, und sehen die Kollegen deshalb dem Ausgang des Kampfes mit Ruhe entgegen. — Außerdem haben wir noch einen Unternehmer zu verzeichnen, der es mit der Einhaltung des Vertrages nicht so genau nimmt. Es ist dies Herr Willi Heinemann (Inhaber der ersten Berliner Holz- und Möhrmöbelfabrik). Dieser Unternehmer hat im Frühjahr den Vertrag mifunterzeichnet, worin er sich verpflichtet, 3 Mk. für die Drillinge zu zahlen; aber was schreit sich ein Unternehmer um einen Vertrag, wenn er befürchtet, daß sein Profit dadurch geschmälert werden könnte, denn jetzt, nachdem die Leisten geliefert wurden, erklärte er, daß er auf keinen Fall 3 Mk. zahlen werde. Von den Kollegen wurde ihm bedeutet, daß wir den Vertrag für uns als bindend betrachten und uns auf weiter nichts einlassen würden. Nach einiger Zeit sind die Leisten dann nach

einem Ort in der Nähe von Koburg weiterbefördert worden. Die Kollegen ersehen hieraus, daß wir dem Unternehmer-tum gegenüber fest zusammenstehen müssen. Ueberall im Reiche müssen wir die Kollegen, die uns noch fernstehen, für uns zu gewinnen trachten. Durch zähe Ausdauer wird uns dies gelingen. Dann wird es nicht mehr möglich sein, daß uns jene Kollegen, die für einen Hungerlohn arbeiten, uns in dieser Weise in den Rücken fallen.

In Neuß bei Bonn haben in der Möbelfabrik von Peter Steiner fast sämtliche Arbeiter am 25. September die Arbeit niedergelegt. In dem mit der Firma bis zum 15. Juli 1909 abgeschlossenen Vertrage heißt es, daß zur Festsetzung der Akkordpreise eine Abschätzungskommission bestehen solle. Diese hat bis jetzt zur vollen Zufriedenheit der Firma gearbeitet; alle Differenzen über die Preise wurden durch diese Kommission geschlichtet. Nun hat die Firma einen Meister namens Artur Ketter aus Baden-Baden eingestellt, der eine neue Arbeitsmethode eingeführt hat, der aber die Arbeiter auch in ihrem Lohnverhältnisse erheblich schädigen möchte. Die Kommission hat nach den Angaben des Meisters die Arbeiten berechnet; so ist der Preis für zwei Bettstellen auf 60 Mk. festgestellt worden, der neue Meister will aber für diese Arbeit nur 39,90 Mk. bezahlen. Daß hierauf die Arbeiter nicht eingehen können, liegt klar zutage. Es wird auch nicht die Entlassung des Meisters gefordert, sondern nur die Innehaltung des noch bestehenden Vertrages.

Aus der Holzindustrie.

Die Geschäftslage in der Klavierindustrie.

In einer kürzlich in Dresden abgehaltenen Versammlung der Musikinstrumentenarbeiter gab der Vertrauensmann der Branche einen Ueberblick über die gegenwärtige Geschäftslage. Wenn er hierbei auch in erster Linie die Dresdener Verhältnisse im Auge hatte, so sind die mitgeteilten Tatsachen doch von allgemeinem Interesse, so daß sich eine ausführliche Wiedergabe rechtfertigt. Die Krise hat in der Dresdener Klavierindustrie einen Umfang angenommen wie nie zuvor. Die ältesten Kollegen können sich nicht erinnern, daß jemals eine solch langanhaltende und alle Betriebe umfassende Stocung stattgefunden hätte. Schon Ende des Jahres 1907 konnte man bemerken, daß der Geschäftsgang kein solcher war, als wie man es all die Jahre vorher beobachtet hatte. Sofort nach Weihnachten fanden in den verschiedenen Betrieben Arbeiterentlassungen und Arbeitszeitverfügungen statt. Während im Jahre 1907 noch rund 960 Kollegen beschäftigt wurden, ist diese Zahl jetzt auf 790 gesunken. Die Arbeitszeit wurde im Laufe des Jahres in einzelnen Betrieben auf die Hälfte der sonst üblichen reduziert; in anderen wieder wurde nur fünf, sechs und sieben Stunden pro Tag gearbeitet. Durch die am Orte jeden Monat vorgenommene Statistik ist festgestellt worden, daß durch das Verkürzearbeiten an der normalen Arbeitszeit verloren gingen im Januar: 1040 Stunden, Februar: 6527 Stunden, März: 7904 Stunden, April: 3206 Stunden, Mai: 1916 Stunden, Juni: 2102 Stunden, Juli: 2586 Stunden, August: 13289 Stunden oder insgesamt 61790 Stunden. Legt man den Durchschnittslohn, welcher bei unserer Statistik im Jahre 1906 festgestellt wurde, zugrunde, so kommt die respektable Summe von 30895 Mk. heraus, welche die Kollegen weniger verdienen als bei normaler Arbeitszeit.

Die Ursache dieser Krise in unserer Branche, welche ja auch in den anderen Städten mehr oder weniger scharf zutage tritt, ist wohl zu einem Teil auf das Konto der allgemeinen wirtschaftlichen Stocungen, denen wir nun einmal durch die kapitalistische Produktionsweise von Zeit zu Zeit unterworfen sind, zurückzuführen; andererseits aber auch auf die heftige Zollpolitik, die auch von anderen Ländern nachgemacht wird. Da Klaviere in der Hauptsache als Luxusgegenstände betrachtet werden, belegt man sie überall mit hohen Zöllen. Der größte Teil der in der deutschen Klavierindustrie hergestellten Instrumente ist für den Export bestimmt und wird natürlich jede wesentliche Veränderung der Preislage, wie sie z. B. bei der Zollerhöhung in Australien von 20 auf 30 Proz. des Wertes eintreten mußte, eine ungünstige Rückwirkung auf unsere Industrie ausüben. (Australien bezog bisher 10 000 bis 12 000 Stück Klaviere jährlich.) Der Export nach Rußland, das noch vor einigen Jahren ein gutes Absatzgebiet für unsere Industrie war, geht infolge des hohen Eingangszolles von Jahr zu Jahr zurück. Der Zoll nach Rußland beträgt pro Piano 96 Rubel und pro Flügel 168 Rubel. Oesterreich kommt als Absatzgebiet noch wenig in Frage; der Zoll ist hier von 47 1/2 Kronen auf 70 Kronen pro 100 Kilo erhöht worden. Neuseeland hat seinen Zoll von 20 auf 30 Proz. des Wertes erhöht. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika erheben 45 Proz. des Wertes, Brasilien 470 Mk. pro Stück usw. Der Zweck dieser Zollpolitik geht nicht nur dahin, die Zolleinnahmen des einzelnen Landes zu steigern, sondern sie dient gleichzeitig dazu, die heimische Industrie in ihrer Entwicklung vor der ausländischen zu schützen.

Die Klavierindustrie hat sich ja auch in den letzten Jahren in einigen Staaten des Auslandes ganz außerordentlich entwickelt. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind nicht nur in der Lage, ihren eigenen Bedarf zu decken, auch der Export ist von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen. Daß es unsere Unternehmer mit kapitalkräftigen Konkurrenten zu tun bekommen, haben wir aus einigen Notizen aus der „Zeitschrift für Instrumentenbau“ ersehen. Demzufolge haben sich die drei Klavierfabriken Knabe u. Co., Baltimore, Chifering u. Sons, Boston, und Forster-Armstrong Co., Rochester, mit einem Kapital von 12 000 000 Dollar zu einem Betrieb

vereinigt. Sie beabsichtigen, den Export zu steigern und Agenturen nach Deutschland und Rußland zu verlegen. Diese drei Betriebe haben jetzt zusammen jährlich 18 000 Stück Flügel und Pianos hergestellt. In den Vereinigten Staaten selbst wurden 1906 280 000 Stück Flügel, Pianos und Spielapparate hergestellt. Auch aus Oesterreich, Rußland kann über eine stete Entwicklung berichtet werden. Die Klavierindustrie Australiens hat voriges Jahr viel von sich reden gemacht, und in der „Zeitschrift für Instrumentenbau“ wurde davor gewarnt, etwa Beauftragte australischer Fabrikanten hier in Deutschland die Einrichtungen der Fabriken zu zeigen oder sie gar anzulernen. Das wird unseren Fabrikanten aber nicht viel genützt haben, denn wenn die australischen oder andere ausländische Fabrikanten eingerichtete Arbeiter brauchen, gleichviel aus welcher Branche, und sie dem Arbeiter einen Lohn garantieren, der es ihm ermöglicht — den dortigen Verhältnissen entsprechend — anständig zu leben, so haben sie keine Ursache, patriotischer zu sein als der Unternehmer, der, wenn es gilt, den Profit zu steigern, weder Rücksicht nimmt auf den Arbeiter noch auf den Staat oder auf allgemeine Interessen.

Betrachtet man all diese Vorgänge, so erscheint die gegenwärtige Krise und ihr Verlauf um vieles verständlicher. Der Export konnte sich nur entwickeln, weil verschiedene Länder auf den Import angewiesen waren, da die Nachfrage nach Klaviere eine stärkere war, als die jeweilige heimische Industrie leisten konnte. Auch in bezug auf die Qualität ist im Laufe der letzten Jahre auch im Auslande wohl vieles besser geworden, so daß die ausländische Klavierindustrie ein gleichwertiger Konkurrent geworden ist.

Trotz dieser wenig günstigen Aussichten soll uns keine Mutlosigkeit befallen. Pessimismus ist jetzt nicht am Platze! Gerade in solchen Zeiten zeigt es sich, welche Bedeutung der Verband für uns hat und wie wertvoll der Zusammenschluß zu einer kompakten Masse ist.

Franz Lutzauer †. Der unerbittliche Schnitter Tod hat wiederum einen unserer Vorkämpfer, unseren Kollegen und Genossen, Franz Lutzauer, in Berlin, hinweggerafft. Er starb infolge einer Lungenentzündung nach kurzem Krankenlager am 3. Oktober.

Eine reiche Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zeichnet das Leben Franz Lutzauers aus. Er war 1852 in Berlin geboren und erlernte auch hier 1866 bis 1870 das Tischlerhandwerk. Kaum ausgelernt, ergriff er den Wanderstab und bereiste Deutschland, die Schweiz und einen Teil Oesterreichs. Die Bestrebungen der sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zogen den begabten Kollegen Lutzauer an. Und so sehen wir ihn schon 1875 als Delegierten Düsselbors auf dem Einigungskongress in Gotha, auf dem die Eisenacher und Lassalleaner Richtung sich zu einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammenschloß. Mit besonderer Sorgfalt widmete er seine Kraft und Zeit den Organisationsbestrebungen in unserem Berufe. Zu der Vereinigung der damals in unserem Berufe bestehenden zwei Richtungen, die in der „Holzarbeitergewerkschaft“ und dem „Allgemeinen Tischler- (Schreiner-)verein“ ihren Ausdruck fanden, trug auch Lutzauer seinen Teil bei. Er wurde nach Konstituierung des aus beiden Organisationen entstandenen „Bundes der Tischler“ in Hamburg zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Nachdem 1878 durch das Sozialistengesetz die Rechtlosigkeit der Arbeiter zum bleibenden Zustand erhoben worden war, und alle Maßnahmen unter vielen Opfern aufgebauten Arbeiterorganisationen der Auflösung verfielen, war Lutzauer eifrig dabei, seine Berufskollegen in Berlin um ein neues Vereinsbanner zu scharen. 1880 gründete er den Fachverein der Tischler, und seiner Energie und Besonnenheit gelang es, den Fachverein durch alle sozialistengesetzlichen Klippen zu steuern. Vereint mit einer Anzahl opferfreudiger Kollegen, baute Lutzauer die Einrichtungen des Fachvereins aus und machte ihn zur Stätte der Aufklärung und Bildung in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Vorsitzender des Fachvereins war er bis 1888. Neben seiner Tätigkeit im Fachverein versäumte er nicht, auch die politische Bewegung zu fördern. Er wurde 1884 zum Stadtverordneten in Berlin gewählt und trat 1885 in die Redaktion des „Berliner Volksblatt“, des Vorläufers des „Vortwärts“ ein; in der er bis 1888 verblieb. Seit 1890 bestrat er Breslau-Ost im Reichstage. Auch der Konsumbewegung hat sich Lutzauer seit einer Reihe von Jahren gewidmet.

Ein Leben, ausgefüllt von Arbeit für die Rechte und Interessen der Arbeiter ist zu Ende gegangen. Sein Andenken wird von den Klassenbewußten Arbeitern in Ehren gehalten werden.

Die Grische und die Gelben. Die „Eiche“ ist mit der Charakterisierung, welche die Grisch-Dunderschen Gewerkschaften im letzten Bericht der sächsischen Gewerbeinspektion erfahren haben, nicht zufrieden. Sie polemisiert gegen unsere Notiz in Nr. 39, in welcher wir die Neuzierung des Gewerbeinspektors wiedergegeben haben und empfiehlt zum Schluß mit der edlen Dreistigkeit, welche die Grische auszeichnet, den freien Gewerkschaften, den Schnabel zu halten. Diese Ausdrucksweise läßt auf angenehme Umgangsformen bei den Grischen schließen, wir wollen aber dem kleinen Kläffer seine Schimpfereien nicht weiter nachtragen. Die „Eiche“ bestreitet im übrigen die Richtigkeit der vom Gewerbeinspektor behaupteten Tatsachen und tritt einen detaillierten Beweis dafür an, daß sich die Gewerkschaftler beim Streik bei Seidel u. Naumann in Dresden nicht als Streißbrecher betätigt haben. Wir sind nicht in

der Lage, die Angaben im einzelnen nachzuprüfen und wollen deshalb die von der "Eiche" behaupteten Tatsachen als wahr unterstellen.

Sollte sich die Gewerbeinspektion im vorliegenden Fall geirrt haben, dann ist dieser Irrtum sehr verzeihlich. Es ist zuzugeben, daß die Girsch-Dunderschen Gewerbevereine mitunter bei Lohnkämpfen ihre Arbeiterpflichten treu erfüllen, aber gar zu häufig kommt es vor, daß sie bei solchen Gelegenheiten die Rolle der "nüchternen Elemente" spielen und die Fälle, wo sich Funktionäre der Girsch-Dunderschen Gewerbevereine als Streikbrecherlieferanten betätigten, sind weder sehr selten, noch liegen sie weit zurück.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie zeigte nach den Berichten des "Reichs-Arbeitsblattes" auch im Monat August ein wenig günstiges Bild. Der Eisenbahnbau war zwar reichlich mit Arbeit versehen, das Angebot an Arbeitskräften bedeckte jedoch überall die Nachfrage. In den Sägewerken und Holzverarbeitenden Betrieben Sommers herrschte vollständige Stille.

Ueber den Geschäftsgang in der Schwarzwälder Uhrenindustrie berichtet die "Frankfurter Zeitung": "Mit dem Eintritt der Herbstzeit hat sich der Geschäftsgang der Uhrenindustrie über Erwarten gehoben; mit Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage hatte man sich eine so bedeutende Besserung nicht versprochen."

Gewerkschaftliches.

Ein Girsch-Dunderscher Streikbrecherlieferant.

In der Neumärkischen Ofenfabrik in Giesenbrünge waren die Köpfer im vorigen Jahre in den Streik getreten, weil der Unternehmer durch Maßregelung der Vertrauensleute die Organisation vernichten wollte, um den Lohnantrag herabsetzen zu können.

Bitterfeld, den 17. Februar 1907.

An die Neumärkische Ofenfabrik in Giesenbrünge bei Glasow.

Auf das Schreiben vom 14. d. M. teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich augenblicklich nicht in der Lage bin, Ihnen Werkstübenarbeiter zur Verfügung zu stellen.

Gerade Werkstübenarbeiter werden in diesem Jahre mehrere gesucht, denn ich habe bereits von einigen Firmen den Auftrag, von unserem Verein Leute zu beschaffen, die eingestellt werden sollen.

Zu diesem Zwecke habe ich bereits Bekanntmachungen erlassen, sollten sich nun mehrere melden, so bin ich recht gerne erbötig, auch Ihnen einige zuzuwenden, damit wir den Herren Sozialdemokraten zeigen können, daß auch ohne diese gearbeitet werden kann.

Indem ich noch höflich bitte, über mein Schreiben nichts zu verraten, denn sonst komme ich in alle sozialdemokratischen Blätter als Streikbrecherlieferant und darf kaum öffentlich auftreten, um nicht von diesen Leuten niedergebrüllt zu werden.

Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß wir eine dergleichen Handlungsweise nicht gutheißen, sondern wir wollen alle Streitfragen auf friedlichem Wege mit den Arbeitgebern regeln.

Ergebenst

R. Lange,

Generalsekretär des Gewerbevereins der Köpfer, Bitterfeld, Zimmerstraße 4.

Der Herr Lange hat ganz richtig vermutet, daß er bei Bekanntwerden seines Streiches als Streikbrecherbetrüger in der Arbeiterpresse gebrandmarkt würde. Diese Handlungsweise eines Menschen, der sich Arbeitervertreter nennt, ist so niedrig, daß kein Wort stark genug ist, um sie gebührend zu kennzeichnen.

Pinkertons. In den großen Lohnkämpfen, die Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts auf amerikanischem Boden ausgefochten wurden, haben sich die "Pinkertons" einen berühmten Namen gemacht. Ein verkommenes Subjekt namens Pinkerton hatte eine Schar gleichgestimmter Seelen um sich gesammelt, die er bewaffnete, um sie gegen ein gutes Geld den Unternehmern zur Verfügung zu stellen.

Diese schöne amerikanische Einrichtung scheint nun auch nach Deutschland überpflanzt werden zu sollen, und die erste Probe machen die Berliner Fensterreinigungsunternehmer, deren Arbeiter sich zurzeit im Streik befinden.

Zur Beaufsichtigung Arbeitswilliger werden einige Kräftige Leute verlangt. Berliner Fensterreinigungsanstalt, Klingestr. 9, Hof. Otto Arnheim u. Co.

Der Zweck dieses Inserats ist die Anwerbung von Pinkertons. Die sich Meldenden wurden mit Revolvern und Schlagringen bewaffnet, um sich so ausgerüstet der "Beaufsichtigung" der Arbeitswilligen zu widmen.

Aber die Unternehmer begnügen sich nicht, ihre Schutztruppe mit den üblichen Waffen der berufsmäßigen Horden auszurüsten, sie haben ein ganz neues Mittel für den Schutz ihrer Streikbrecher entdeckt. Einer ihrer Garde hat auch einen auf dem Mann dreifürten Hund bei sich. Die Unternehmern in der Fensterreinigungsbranche in Berlin können stolz darauf sein, den Bluthund als Wachtmittel im wirtschaftlichen Kampf eingeführt zu haben.

Da wird immer über die Verrohung der Sitten geklagt. Wir glauben aber, daß ein Unternehmertum, das bewaffnete Horden unterhält, um sie, von Bluthunden unterstützt, auf streifende Arbeiter zu hegen, am allerwenigsten berechtigt ist, derartige Klagen zu erheben.

Die Gewerkschaften und Theateranstaltungen in Gera. Die Fachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen" greift mit Vergnügen gerade die Nachricht auf, die geeignet ist, die Gewerkschaften in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen, unbekümmert darum, daß der Widerstand der aufgestellten Behauptung mit Händen zu greifen ist.

Die von der "Fachzeitung" mit entsprechenden Glossen wiedergegebene Nachricht entstammt der reichsverbändlerischen "Täglichen Rundschau", welche sich dieselbe aus den Fingern gesogen hat.

Weiter veranfaßte die Theaterleitung noch besondere Volks- und Arbeiterveranstaltungen, die mit den vom Bildungsausschuß vorgesehenen nichts gemein haben.

Zur Verschmelzung der politischen Berufsvereinigungen macht die neueste Nummer der "Vergarbeiter-Zeitung" einige interessante Mitteilungen über Zahl der Mitglieder und das Kassengebot der in Frage kommenden Verbände.

So sei die Angabe, daß die polnische Berufsvereinigung (Stg. Bochum) an 50.000 und die Deutscher Vereinigung 10.000 Mitglieder zähle, weit übertrieben. Erhaltenen Verband hat ausweilsich seiner Einnahmen an Beiträgen höchstens halb so viel Mitglieder als angegeben. Ueber die Wirtschaft im Deutscher Verbande kam es auf der letzten Generalversammlung zu stürmischen Szenen. Nach

dem dort vorgelegten Geschäftsbericht hatte der Verein in der Zeit vom 1. Juli 1906 bis 31. Dezember 1907, also in 1 1/2 Jahren, eine Einnahme von 39.076,06 M. Dem steht eine Ausgabe gegenüber von 20.202,40 M. (6 Beamte und 2 Hilfskräfte). An Unterstützungen erhielten die Mitglieder ganze 108,66 M. Für Gerichtskosten wurde die horrend Summe von 27,35 M. und an Streikunterstützung 142 M. gewährt. Der Rest ging für Verwaltung, Reisen usw. darauf. So steht die Vertretung der Arbeiterinteressen in den national-polnischen Gewerkschaften aus!

Der Handschuhmacherverband hat stark unter dem Zuzug vom Ausland zu leiden. Der Verbandsvorstand warnt vor weiterem Zuzug unter Hinweis darauf, daß Ende August schon circa 280 Arbeitslose gezählt wurden, darunter die Hälfte Ausgesteuerte, und daß neuerdings wieder größere Entlassungen gemeldet werden. Diese Warnung wird unterstützt durch die Bekanntmachung, daß vom 5. Oktober ab die Auszahlung jeglicher Unterstützung an die Mitglieder ausländischer Brudervereine eingestellt wird.

Soziale Rechtspflege.

Die Vertretung vor dem Gewerbegericht. Wir haben in Nr. 27 der "Holzarbeiter-Zeitung" von der Entscheidung des Gewerbegerichts in Kassel Notiz genommen, welche die Vertretung durch Gewerkschaftsbeamte als zulässig erklärt. Dieser vernünftige Standpunkt wird aber keineswegs von allen Gewerbegerichten geteilt. Jetzt werden wieder einige Zurückweisungen von Vertretern bekannt, die ernstes Kopfschütteln erregen müssen.

Nach noch toller ist die Begründung, mit welcher der Genosse Gäußgen als Vertreter vor dem dortigen Gewerbegericht zurückgewiesen wurde. Die Zurückweisung erfolgte, weil er schon einmal vor längerer Zeit eine Vertretung vor dem Gewerbegericht geführt hat, weil er Berichte über die Gewerbegerichtssitzungen schreibe und sich dadurch eine größere Gewandtheit aneigne und schließlich, weil er, wie der Vorsitzende meinte, jedenfalls die Absicht habe, solche Vertretungen auch noch öfter zu übernehmen.

Eingefandt.

Lehrlingsausbildung.

Von jeher habe ich die Gleichgültigkeit bedauert, mit der die Lehrlingsfrage bei uns behandelt wurde. Wenn man auf die Lehrlingszucht, wie sie in manchem Spezialgeschäft und in mancher Gegend betrieben wird, hinweist, so erhält man oft zur Antwort: "Ja, was sollen die jungen Leute denn lernen, wenn man ihnen jeden Beruf verschließen will?"

Wohin eine solche Vogelstraußpolitik führt, sehen wir wieder in dem Artikel in Nr. 25 der "Holzarbeiter-Zeitung" über "Die Lage der Möbelpolierer in Berlin". Dort hat man der Lehrlingszucht ganz ruhig zugeesehen und war nur froh, wenn sich die Ausgelernten der Organisation anschlossen, so daß man mit großem Mitgliederzuwachs renommieren konnte.

Früher, als das Unterfützungsweesen in unserem Verband noch nicht so ausgebautes war, war dieser Zustand weniger ins Gewicht fallend; der Arbeitslose mußte eben allein für sich sorgen. Aber jetzt müssen wir schon im Verbandsinteresse darauf sehen, daß unser Beruf nicht überfüllt wird und daß die jungen Leute die Schreinererei auch in vollem Umfange lernen, denn ein unvollkommen ausgebildeter Spezialarbeiter wird öfter und länger arbeitslos sein als einer, der das Geschäft im ganzen Umfange gelernt hat.

Würde nicht mancher junge Kollege vom Lande besser daran sein, wenn er auf seiner heimatischen Scholle geblieben wäre, als wenn er sich 3-4 Jahre als Lehrling ausbeuten läßt, um nach beendeteter Lehrzeit zu finden, daß er mit der Spezialität, welche er notwendigerweise hat, sich nicht ernähren kann, und nun gezwungen ist, doch einen Tagelöhner zu machen?

Wenn wir uns ferner harrn machen, daß alle Verbesserungen unserer Lage, welche wir durch eine gute Organisation erringen, bei solcher Gleichgültigkeit gegen die Lehrlingszucht illusorisch werden, weil der Andrang zu einem Beruf desto größer wird, je mehr er gehoben wird,

so werden wir schließlich noch denselben Standpunkt einnehmen wie die Buchdrucker und die übermäßige Lehrlingszucht durch Tarifvertrag zu regeln suchen.

Bei den Buchdruckern sehen wir auch, wie durch vernünftige Regelung der Lehrlingsausbildung auch unter ungünstigen Verhältnissen für Arbeitgeber wie für Arbeiter erträgliche Zustände in einem Gewerbe geschaffen werden können. Als Gegenstück möchte ich die Diamant-Schleifer in Genu anführen. Dieselben hatten ihr „glänzendes“ Gewerbe durch unnütze Lehrlingszucht so auf den Grund gebracht, daß es jahrelanger Kämpfe bedurfte, bis sich ihre Verhältnisse wieder einigermaßen besserten, während ihre Kollegen in Amsterdam noch heute, dem Verdienst nach, an der Spitze der Arbeiterschaft marschieren, weil — sie eben nicht mehr Lehrlinge ausbilden als gebraucht werden.

stellungen zu richten sind, nähere Auskunft. Um proletarische Theaterbesuchern in Städten, in denen die Arbeiterschaft keine Volksvorstellungen veranstaltet oder veranstalten kann, die Benutzung der Einführungen zu ermöglichen, wird jedes Heft auch einzeln zum Preise von 10 Pf. im Buchhandel abgegeben. — Bis jetzt sind folgende Einführungen erschienen: 1. Schillers „Kabale und Liebe“, bearbeitet von Franz Mehring; 2. Zofens „Mora“, bearbeitet von Konrad Schmidt; 3. Langmanns „Barthel Türker“, bearbeitet von John Schitowski; 4. Rosenows „Rater Lampe“, bearbeitet von Hermann Wendel; 5. Wagners „Lannhäuser“, bearbeitet von Wilhelm Maute.

Literarisches.

Einführungen in Opern und Dramen. Der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt Einführungen in Dramen und Opern heraus, die den Zweck haben, proletarische Theaterbesucher in einer ihrem Empfinden und ihrer Denkweise entsprechenden Weise mit dem Geist und der Bedeutung des betreffenden Bühnenwerkes vertraut zu machen und dadurch die künstlerische Genüßfähigkeit und das Verständnis für die dramatische Dichtkunst zu steigern. Für die Mitarbeit an diesem praktischen Versuche proletarischer Kestheit hat der Bildungsausschuß eine Reihe geeigneter parteigenösslicher Schriftsteller gewonnen, so u. a. Franz Niederich, S. Döcher, Kurt Eisner, Rudolf Franz, Leo Feisterberg, C. Korn, Ernst Kreowski, Wilhelm Maute, Franz Mehring, Konrad Schmidt, John Schitowski, Hermann Wendel. Der Bildungsausschuß hat bei diesen Einführungen in erster Linie Volksvorstellungen im Auge, die von Arbeiterorganisationen (lokalen Bildungsausschüssen, sozialdemokratischen Vereinen, Gewerkschaftskartellen) in Verbindung mit guten örtlichen Bühnen veranstaltet werden. Jedem Besucher einer solchen Vorstellung soll nach der Absicht des Bildungsausschusses eine Einführung in das betreffende Drama mehrere Tage vor der Aufführung in die Hand gegeben werden. Der Preis für die Einführungen ist bei Massenbezug so gering bemessen, daß die Organisationen die dadurch entstehende geringfügige Erhöhung der Eintrittspreise den Besuchern ihrer Vorstellungen ohne Besorgnis zumuten dürfen. Ueber diese geschäftlichen Angelegenheiten gibt der Verlag der Einführungen, die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, an die auch alle Be-

Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. S. 8 in Hamburg).

Einnahme im September:
 Ueberschüsse sandten ein: Nürnberg 1500 Mk., Mirdorf 1000, Berlin B 800, Vettenshausen 508, Lichtenberg, Mannheim, Karlsruhe je 500, Berlin A, Berlin C, Bitterfeld, Dresden-N., Freiburg i. B., Pflagwitz je 400, Megensburg, Hamburg V, Thorberg, Schwab-Gmund, Schwesingen, Rabenau, Wehensee je 300, Mühlberg 260, Gohlis, Hamburg IV je 250, Rastatt 210, Wickendorf, Bamberg, Friedrichsfelde, Erfurt, Gröbblingen, Aldershof, Nippes, Kalk, Forchheim, Frankenthal, Bodenheim, Dessau, Kennef, Kleinschocher, Johanngeorgenstadt, Nowawes, Weimar, Würzel, Hannover, Schweningen, Erlangen, Leipzig II je 200, Selbra 175, Nieb, Reutlingen, Dürkheim, Schwelm, Biberach, Heilbronn, Marburg, Mombach, Naumburg je 150, Lampertheim 138,51, Neu-Allm 130, Rastau 120, Wredow, Kessenich, Böcked, Weidingsfeld, St. Gangloff, Rothenburg, Gildorf, Königsberg, Borsch, Leubisch, Weitzhöfchen, Cannstatt, Randersacker, Dettingen, Pieschen, Cronberg, Schleich, Rempten, Jülsburg, Odesloe, Stadtilm, Duisburg, Friedrichsdorf je 100, Gils 00, Guben, Wittenberg, Landau je 80, Sudenberg 75, Klein-Prosenburg 70, Roswig 60, Brunsbüttelkoog, Wolmirstedt, Neuhäusel, Elmshorn je 50, Pasewalk 30, Wabenheim 6,50.

Summe der Ueberschüsse . . . 20 458,01 Mk.
 Beiträge von Einzelmitgliedern . . 2 188, —
 Eintrittsgeld . . . 5,80 „
 Zinsen von Kapitalien . . . 14 762,75 „
 Sonstige Einnahmen . . . 1 657,69 „
 Gesamteinnahme 39 062,25 Mk.

Ausgaben im September:
 Zuschüsse erhielten: Berlin E 1000 Mk., Halle 600, München II 500, Berlin C, Berlin G je 400, Würzburg I,

Reinickendorf, Gelsenkirchen, Kassel, Nohrader, Leipzig III, München III je 300, Pfungstadt, Pernsdorf, Wamberg, Leipzig I, Nedarau, Deub, Gr.-Zimmer, Reichenbach, Berg-Glabbach, Varmen, Breitenheim, Paunsdorf, Pantow, Ehrenfeld, Gaarden, Kiel, Mundenheim, Nordostheim je 200, Bremerhaven 175, Koblenz, Seynshausen, M.-Glabbach, Oppau, Wehringhausen, Wachen, Hamburg III, Rudolstadt, Schöneberg, Eitlingen, Westhofen, Stade, Baumschulenberg, Wahren, Altenstadt, Fürth, Westhofen, Witten je 150, Schwerte, Bergen, Plauen i. B., Heiligenzell, Nauheim, Altrif, Schmölln, Heidesheim Gera, Ebingen, Abz.-Erlenbach, Gaisburg, Lobau, Wöckern, Posen, Feuerbach, Maibach, Friedberg, Bunzlau, Eisenach, Herlohn, Carlshafen, Osterweddingen, Rüdelsheim, Weblar, Neue Neustadt, Treßden, Bergedorf, Wolfzanger, Wüdingen, Weißenfels, Memmingen, Finken, Zellbach, Schmiedefeld je 100, Wolfenbüttel 00, Bromberg 80, Brißwall 75, Naßla, Böttingen, Kunnersdorf, Dünnwald, Trotha, Gießen, Münden je 50.

Summe der Zuschüsse	15 570,— Mk.
Krankengeld an Einzelmitglieder	2 102,20 „
Sterbegeld	486,— „
Sonstige Ausgaben	8 347,08 „
Gesamtausgabe 26 505,28 Mk.	
Gesamteinnahme 39 062,25 Mk.	
Gesamtausgabe 26 505,28 „	
Zunahme des Vermögens 12 557,02 Mk.	

Berichtigung. In der Augustquittung ist Hamburg V mit 200 Mk. Zuschuß aufgeführt. Das ist ein Irrtum, es muß heißen Hamburg II. Ferner teilen wir mit, daß Statuten und Adressenverzeichnis versandt sind. Ortsverwaltungen, die nicht in den Besitz derselben gelangt sind, wollen sich gefälligst melden.

Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

(E. S. 86, Hamburg.)
 Im September sandten Ueberschüsse ein: Berlin A 400 Mk., Berlin B 300, Berlin C 300, Siegburg, 300, Hamburg II 200, Garburg 150, Linden 100, Hamburg IV 100, Wurg 100, Summa 1950 Mk.
 Zuschuß erhielten: Saan 150 Mk., Leipzig 150, Kreisdorf 100, Offenbach 100, Stettin 50, Altenburg 50, Peitz 50, Summa 650 Mk.

Berfassungs-Anzeiger.

Waldheim. Samstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr. findet in der „Glocke“ eine Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung wichtig. Recht zahlreicher Besuch erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Darstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Bahnhöfe befindet sich bei Kollege Eitling, Reichsraustraße 37. Geöffnet morgens von 9—12 Uhr und nachmittags von 3—7 Uhr. Umschauen verboten.
Selmstedt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Bahnhöfe befindet sich im Lindenhof, Holzberg 27. Umschauen verboten. Anfragen von außerhalb sind an den Kollegen S. Kähne, Gehrichtplatz 1, zu richten.
Schwerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schweriner Geschäftshaus, Gr. Moor 51, geöffnet 6 1/2—7 1/2 Uhr abends. Umschauen streng verboten.
Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Ellner, Schwabacherstraße 71. Umschauen ist strengstens verboten. Die Weiterleitung wird im Geschäftshaus, Wellenstraße 41, ausb. geht. An Wochentagen abends 7—8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12—1 Uhr.
Zentrale. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung bei S. Hüster, Untere Speichergasse 85. Verkehrsstelle im Geschäftshaus.
Gustav Ludwig, Tischler, geb. 11. 8. 1892 zu Galtzau.
Richard Wäscher, Stellmacher, geb. 25. 12. 1881 zu Schlatow, werden ersucht ihren Verpflichtungen bei der Bahnhöfe Essen nachzukommen. Mitteilungen über deren Aufenthalt sind zu richten an die Bahnhöfe Essen, Gravenstr. 67.
Adolf Langhammer, Buchn. 205 975, sende Bevollmächtigten Joh. Rothmann in Spaltingen, Müritzenberg. Buch Kollegen, die ihn kennen, werden um die Adresse gebeten.
Magnus Weinhold, Tischler aus Worfen, wird ersucht, seine Adresse an den Kassierer der Bahnhöfe Sendal zu senden. Kollegen und Verwaltungen werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen. Fr. Lange, Kassierer, Sendal, Bergstr. 7, II.
Theodor Klein, Biblhauer, wird ersucht, seine Adresse an Biblhauer R. Licht, Suderburg zu senden, betr. Arbeit.
Paul Kunert, Tischler, geb. 24. 2. 1895 zu Gantenfelde, sende seine Adresse an Hermann Kunert, Steinau a. O., Marienstr. 5, wegen Erblasserangelegenheiten, welche denselben betreffen, werden gebeten, ihn hierauf aufmerksam zu machen.
Heinz Cretow, Tischler, geb. 23. 12. 1878 zu Mollsch, wolle seine Adresse unverzüglich für seinen Bruder Wilhelm an S. Soltau in Herten, Sandweg 21, senden. Alle die ihn kennen, werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen. Er war zuletzt in Friedberg (Hessen) wohnhaft.
2 tüchtige Bau- und Möbeltischler (Kundenarbeit) finden dauernde Beschäftigung bei **Aug. Stiegel,** Jütendorf bei Ludenwalde.

Hamburg.

Achtung! Holzmacher!
 Den zurreisenden Kollegen zur Beachtung, daß wir seit längerer Zeit einen Arbeitsnachweis eingerichtet haben. Derselbe befindet sich bei W. Heimann, Hamburg-St. Pauli, Elmshörnerstr. 12.
 Die Arbeitsvermittlung geschieht abends von 6—7 Uhr. Das Umschauen ist streng verboten.
Die Verwaltung.
 Tüchtige Tischlergesellen, nicht unter 21 Jahre, sucht **Paul Ellmer,** Tischlermeister Lehstern i. Thür.
Tüchtige Tischler für Bau oder Möbel finden dauernde Beschäftigung. Guter Lohn, Kost und Logis. **H. Schell, Holzhauer, Westf.**
 Ein junger, tüchtiger Tischlergeselle findet dauernde Beschäftigung. Winterarbeit für Bau auch vorhanden. **Hermann Auras,** Bau- u. Möbeltischlerei, Unruhstadt, Posen.
 Tüchtiger selbständiger **Kastenmacher** auf kleine offene Kasten- und Geschäftswagen findet lohnende und dauernde Beschäftigung. **C. Hasenkrug,** Wagenbauanstalt, Geestemünde.
2 Korbmachergefallen auf Walch- und Reiseförde sucht sofort bei gutem Lohn (Kost und Logis im Hause) **Gustav Berndt,** Korbmachermeister Neußalß a. O., Kl. Gasse 18.
2 tüchtige Korbmachergefallen auf Rohr sofort gesucht. **Herm. Eiling,** Rheine, Westf.
Korbmacher-Werkzeug unter Garantie. Liste gratis. **L. Fogelberg,** Heinsberg 9, Rheinl.
 Ein ordentlicher **Bürstenmacher** findet dauernde Arbeit bei **C. H. Peetz,** Rinsballig per Steinfeld, Schleswig.
Pantinenmacher zum Holzerschneiden oder Nageln für dauernde Arbeit bei hohem Lohn sucht **Karl Geyer,** Pantinenfabrik, Landsberg a. W., Ristrinerstr. 108.
 Gesucht ein **Hölzerschneider** auf holsteinische Arbeit bei gutem Lohn per sofort oder später. **W. Voss,** Holzpanzoffelfabrik Gettorf b. Kiel.
Tüchtiger Fachmann als Teilhaber für Holzbearbeitungsfabrik gesucht. 3000 bis 4000 Mk. erforderlich. Offerten unter **O. B. 8512** an Rudolf Woffe, Berlin, Frankfurterstraße 31.
Der praktische Modelltischler.
 Hilfsbuch zur Anfertigung von Modellen und Schablonen für Eisen- und Stahlguß. Enthält Anleitung zum Modellieren von Rohren, Zahnrädern, Dampfzählern, Schablonieren von Kammwalzen, Seil- und Schwingenrädern, Konstruieren von Zahnrädern, sowie Tabellen über Vohn- und Motorwesen. Verhältnis von Modell und Abguß ufm.
 Zu beziehen durch **Hof. Schichtel, Ralf v. Rdin, Thumte, 80.** 1 Stück 1,60 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme 1,80 Mk., 2 Stück 3,40 Mk.
Solidaritäts-Bleistifte und Massstäbe von **Jean Blos, Stein-Nürnberg.**
Werbungsagentur :: Holzbrandmalerei liefert am billigsten famil. Werkzeuge, Vorlagen, Holz ufm. **J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.**
Paul Horn, Politik- u. Hamburg 23
 Nach meinem durch gesch. neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzlichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht:
 :: :: eine sofortige Porenfüllung :: ::
 man **erspart Material, Zeit, Arbeit,** erzielt :::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, Oelausschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, welsse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.
 Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.
 Es ist **patentrechtlich strafbar,** ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.
Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:
 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
 1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
 1 „ Patent-Politur zum Reinspolieren
 1 „ allerfeinsten Polir-Glanzlack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.
 1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerack)
 1 „ Schlei- und Polleröl, gelblich
 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“
 1 „ Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“
 1 Bimstein-Polierpulver, hellnussbraun
 1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen
 1 Stück Korkschleifklotz, 120x75x30 mm
 zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.
 Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.
 Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren **à 8 Mark.**
Mein Lehrbuch über das Belzen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Belzafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin; Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Waide-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.
Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.
 Verlag von Theodor Loebner in Berlin. Druck: Böhmwirts Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68

Größte deutsche Tischler-fachschule Detmold
 New. Ausbildung, Progr. frei. Zum Selbstunterricht empfehle: Die Stillehre f. Tischler, mit 100 Abbild. aller Stilarien. Mk. 4. Direktor Reineking, Detmold.
Süddeutsche Schreiner-Fachschule
 Nürnberg, Erstklassige Lehranstalt. Kirschenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

Höhere Stellungen
 erlangt man durch das Studium der Selbstunterrichts-Syst. Karnaok-Bachfeld: **D. Bau-schreinerschule, Die Kunst- und Möbelschreinerschule, Holzbildhauerschule, Zimmermeisterschule, Polierschule.** Glänz. Erfolge. Prospekte und Anerkennungs-schreiben gratis und franko. Antritts-änderungen bereitwilligst.
 B. N. G. H. H. H. H. Potsdam-R. 1.

zwei deutsche Reichspatente

gesch. neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzlichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht:
 :: :: eine sofortige Porenfüllung :: ::
 man **erspart Material, Zeit, Arbeit,** erzielt :::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, Oelausschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, welsse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.
 Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.
 Es ist **patentrechtlich strafbar,** ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.
Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:
 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
 1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
 1 „ Patent-Politur zum Reinspolieren
 1 „ allerfeinsten Polir-Glanzlack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.
 1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerack)
 1 „ Schlei- und Polleröl, gelblich
 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“
 1 „ Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“
 1 Bimstein-Polierpulver, hellnussbraun
 1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen
 1 Stück Korkschleifklotz, 120x75x30 mm
 zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.
 Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.
 Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren **à 8 Mark.**
Mein Lehrbuch über das Belzen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Belzafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin; Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Waide-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.
Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.
 Verlag von Theodor Loebner in Berlin. Druck: Böhmwirts Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68